

Nummer 25

36. Jahrgang

# Gewerkschaft

**Organ des Gesamt-Verbandes der Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe und des Personen- und Warenverkehrs**

Hauptschriftleitung: E. Dittmer  
Berlin SO16, Michaelkirchplatz 4  
Fernsprecher: Amt F7 Jannowitz 6191

Berlin, den 18. Juni 1932

Erscheint wöchentlich am Sonnabend  
Bezugspreis:  
Monatlich durch die Post 50 Reichspfennig

## Verbandsbeirat zur Wirtschaftskrise

In seinem Vortrag über „Wirtschaftskrise und Gesamt-Verband“ kennzeichnete auf der Verbandsbeiratstagung Kollege Reißner in scharfer und treffsicherer Darstellung die schwierige, aber nicht aussichtslose Situation, wie sie durch die Wirtschaftskrise, aber auch durch die mangelnde Einigkeit der Arbeiterklasse für die deutschen Arbeitnehmer entstanden ist. Der Verbandsbeirat nahm hierzu mit 144 gegen eine Stimme folgende Entschliebung an:

**Die Regierungserklärung des neuen Reichskabinetts Papen-Schleicher hat die Bedeutung einer offenen Kriegserklärung an die sozialistisch denkende und gewerkschaftlich organisierte deutsche Arbeitnehmerschaft.**

Der politische Kurs, den die neue Reichsregierung ankündigt, richtet sich scharf gegen alles, was die gewerkschaftlich organisierte Arbeitnehmerschaft als unentbehrliche Voraussetzungen für ihr Wirken und die Verteidigung ihrer Lebensinteressen ansehen muß.

Das Ziel dieser reaktionären Adelsherren, die nur durch das Anwachsen der nationalsozialistischen Bewegung in den Besitz der Regierungsmacht gelangen konnten, ist neben der Vernichtung der demokratischen Grundlagen unseres staatlichen Lebens die radikale Beseitigung der Ergebnisse der bisherigen sozialen Gesetzgebung, vor allem jedoch der Arbeitslosenversicherung, die Zerschlagung des Betriebsräte- und Tarifvertragsrechtes und damit die Vernichtung jeglichen Schutzes der Arbeitnehmer gegenüber den Willkürmethoden eines reaktionären Unternehmertums. Die jetzt im Reiche regierenden Grafen und Barone stehen auch der öffentlichen Wirtschaft feindselig gegenüber und haben ihr offenen Kampf angesagt.

Dieser Ankündigung eines brutalen Klassenkampfes, der von oben her gegen die Arbeiterklasse geführt werden soll, muß die Zusammenfassung aller Kräfte der Arbeitnehmerschaft im republikanischen Lager entgegengestellt werden. Die 4. Beiratssitzung des Gesamt-Verbandes erklärt deshalb:

**Unsere Einheitsfront ist die „Eiserne Front“!**

**Wer für die nationalsozialistischen Betriebszellen oder die RGO. agitiert, stützt und fördert die Reaktion.**

**Wir rufen die Mitglieder des Gesamt-Verbandes auf, bei der bevorstehenden Reichstagswahl, deren Ausgang das zukünftige Schicksal nicht nur der deutschen Arbeiterbewegung, sondern auch das Schicksal des ganzen deutschen Volkes und Europas auf Jahre hinaus entscheidend beeinflussen wird, mit allen Kräften für den Sieg der Sozialdemokratischen Partei einzutreten; denn der Sieg der Sozialdemokratie ist gleichbedeutend mit der Niederlage der Papen-Regierung und ihres Verbündeten und Steigbügelhalters, des Hitler-Faschismus. Im besonderen fordert der Verbandsbeirat die Funktionäre und Mitglieder im Lande auf, nun erst recht mit aller Kraft für die Stärkung und weitere Ausbreitung des Gesamt-Verbandes zu wirken.**

## Bericht über die 4. Beiratsitzung

am 11. Juni 1932 in Berlin

Kollege Müntner eröffnet die Sitzung um 10 Uhr im Sitzungsaal des neuen Verbandshauses. Er weist auf die außerordentlich ernste politische und wirtschaftliche Lage hin sowie auf die besondere Situation, in der sich der Gesamt-Verband befindet. Nach Ehrung des verstorbenen Kollegen Schall, Neunkirchen, Vertreter des Saargebiets im Beirat, wird festgestellt, daß insgesamt 145 Kolleginnen und Kollegen als Vertreter des Verbandsbeirats anwesend sind.

Ueber „Wirtschaftskrise und Gesamt-Verband“ referiert Kollege Reihner, der u. a. ausführt:

Die mehrjährige Wirtschaftskrise hat auch eine Stagnation bei den Gewerkschaften zur Folge gehabt. Es ist deshalb die Aufgabe der Gewerkschaften, der Arbeitslosigkeit das Hauptaugenmerk zu schenken. In diesem Sinne hat auch der ADGB neuerdings Richtlinien herausgegeben, die allen Gewerkschaften zur Beachtung empfohlen worden sind.

Trotz der katastrophalen Ereignisse der letzten Jahre zeigt unsere Mitgliederbewegung einen verhältnismäßig günstigen Stand. Ende 1930 hatten wir 673 000 Mitglieder, Ende 1931 618 000 Mitglieder. Das Quartal 1932 schließt mit 596 970 Mitgliedern. Unsere rund 600 000 Mitglieder verkörpern auch heute noch eine große Macht. Die Wirtschaftskrise hat aber bewirkt, daß die Ausgaben unseres Verbandes bei rückgängigen Einnahmen gestiegen sind. Im April 1932 mußten wir in unserer Organisation mit 18,2 Proz. Kurzarbeitenden und mit über 17,5 Proz. arbeitslosen Mitgliedern rechnen. Kollege Reihner begrüßt dann namens des Verbandsvorstandes die neu in den Beirat eingerückten Vertreter der RDK., die Kollegen Gilmeister und Lamprecht, ferner den Vertreter der Fachgruppe Friseur, Kollegen Lorenz. Er wünscht, daß diese Organisationsgruppen an der Arbeit des Gesamt-Verbandes regen Anteil nehmen. Die Auswirkungen der Wirtschaftskrise haben den Verbandsvorstand veranlaßt, einen Unterstützungsabbau in Vorschlag zu bringen. Er ist unumgänglich notwendig, wenn die Organisation finanziell nicht ausbluten und kampffähig bleiben soll. Nach allen Anzeichen werden wir mit der Wirtschaftskrise und ihren Auswirkungen noch auf längere Zeit zu rechnen haben.

Die Berichte des Instituts für Konjunkturforschung lassen für die weitere Entwicklung der Wirtschaft leider keine günstige Prognose zu. An Arbeitseinkommen haben wir einen Rückgang um 36 Proz. zu verzeichnen. Die rückläufige Entwicklung, beispielsweise beim Stromabß mit 17 Proz., beim Einzelhandel mit 17 Proz., beim Güterverkehr der Eisenbahn mit 21 Proz., bei der Binnenverkehr mit 23 Proz. und der sehr erhebliche Rückgang der Personenbeförderung bei der Straßenbahn, hat selbstverständlich ungeheure Rückwirkungen auf die übrige Wirtschaft und die Steuerkraft der öffentlichen Körperschaften, aber auch auf unseren Verband.

Die Wirtschaftskrise und ihre ungeheure Auswirkung bestimmen zugleich das Schicksal von Millionen von Arbeitsbrüdern und Hunderttausenden von Verbandsmitgliedern. Diese Tatsache klar sehen, ist Voraussetzung für eine vernünftige Verbandspolitik in Gegenwart und Zukunft. Wir müssen das kapitalistische System beseitigen, das die schwere Schuld für die wirtschaftlichen, sozialen und politischen Zustände unserer Zeit trägt. Wir stehen vor der Gefahr, daß die Wirtschaftskrise zur Wirtschaftserstarrung, die Finanznot zur Finanzkatastrophe, der Sozialabbau zur sozialen Vernichtung und die Staatskrise zum Staatsumsturz führen. Die Regierungserklärung des neuen Kabinetts von Papen zeigt diese Gefahr mit aller Deutlichkeit. Allein die Zusammenfassung der Regierung, die reaktionärste in der Nachkriegszeit, ist eine Herausforderung der Arbeiterschaft. Die neue Regierung hat die erste Abschlagszahlung an den Hakenkreuzheiland aus dem Böhmerwald geleistet, und zwar erstens durch die Auflösung des Reichstages und zweitens durch die angekündigte Aufhebung des SA-Verbots. Geschieht das, dann wird der faschistische Terror in diesem Wahlkampf für einen neuen Reichstag Triumph feiern. Die neue Regierung wird getragen und ist nur möglich geworden durch die nationalsozialistische Bewegung. Die Regierung hat es nicht gewagt, vor den Reichstag zu treten. Unsere Einheitsfront ist die Eiserne Front in dem bevorstehenden Kampfe. Stegt die Sozialdemokratie, dann ist das unser Sieg und gleichzeitig die Niederlage der Reaktion. Es geht

um Sein oder Nichtsein der Arbeiterbewegung. Ein Sieg der Reaktion würde der Arbeiterschaft weitere schwere Schädigungen zufügen. Das muß vermieden werden, und deshalb arbeiten wir für den Sieg der Sozialdemokratie.

In der Aussprache führte der Kollege Böhm, Nowawes, aus, der Kollege Reihner habe mit starken Worten nicht gespart; aber bei diesen starken Worten sei es bisher geblieben. Die Eiserne Front sei nach seiner Auffassung nicht die Einheitsfront. Die Colerierungspolitik sei falsch gewesen. Allerdings müsse auch er die Politik der RGO. verurteilen. Bei der Bildung der Regierung hätte der Kampf sofort aufgenommen werden müssen. Die fünf Millionen Gewerkschaftler müßten diesen Kampf führen. Böhm hofft, daß die Einigung des Proletariats erfolge.

Im Schlußwort widerspricht Kollege Reihner der Auffassung des Kollegen Böhm über die Leistungen der Gewerkschaften. Die Gewerkschaften haben durch den Aufbau und die Verteidigung der sozialen Unterstützungsrechte außerordentliches geleistet. Im Gegensatz zu den Gewerkschaften und der SPD. haben KPD. und SAP. überhaupt nur mit Worten gearbeitet. Nicht die Colerierungspolitik ist schuld an der Krise; denn durch die Colerierungspolitik ist dem Faschismus bislang der Weg zur Macht versperrt worden. Die SAP. hat die Einigkeit der Arbeiterklasse erneut gestört. Durch unsere Haltung im Präsidentenwahlkampf haben wir die Machtergreifung durch Hitler verhindert. Auch die Gründung der Sozial-Republikanischen Partei Deutschlands durch Hörsing ist ein Verbrechen.

Die Entschließung zum Referat Reihner wird mit allen gegen eine Stimme angenommen. (S. Seite 1).

Ueber „Unsere Tarif- und Lohnbewegungen“ berichtet Kollege Schulz: Unser Kampf um die Gestaltung der Lohn- und Arbeitsbedingungen wird in erster Linie durch die politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse bestimmt. Wir dürfen unsere Kraft, die die gewerkschaftliche und politische Arbeiterbewegung besitzt, nicht höher einschätzen, als sie tatsächlich ist. Nach den Beschlüssen des Verbandsvorstandes wird künftig die gesamte Statistik mit dem Tarifwesen verbunden. Im Jahre 1932 ist es trotz aller Widerstände gelungen, für 354 000 Mitglieder einen Lohnabbau von stündlich 10 Pf. abzuwehren. Alle Tarifverträge müssen von den zuständigen Stellen des Verbandes abgeschlossen werden. Die Dritte Notverordnung sollte den Abschluß des Lohn- und Gehaltsabbaus nach den Erklärungen der Reichsregierung bilden. Tatsächlich hat die Regierung die Einebnung sogenannter überhöhter Löhne sich vorbehalten. Mit den Bauarbeiterlöhnen ist begonnen worden. Die Behauptung, Lohn- und Preisabbau seien ausgeglichen, ist falsch; die erhöhten Steuern sind neben der Differenz, die in der Höhe des Lohn- und Preisabbaues besteht, nicht berücksichtigt worden. Zweifellos wäre es richtig gewesen, nach der Kürzung der Löhne durch Notverordnungen auch einen starken gesetzlichen Schutz gegen weiteren Lohnabbau zu schaffen. Die politische Macht der Sozialdemokratie in Deutschland ist mitentscheidend gewesen für den bisherigen Schutz unserer Tarifverträge. Die Lage der Gewerkschaften wird besonders dadurch erschwert, daß die Arbeitgeber die trostlose Lage auf dem Arbeitsmarkt zum Lohndruck und gegen die Verbindlichkeitserklärung der Tarifverträge benutzen. Beseitigung der Arbeitslosigkeit durch Arbeitsbeschaffung ist darum erhöhter Kampf für die Sicherung und den Ausbau des Tarifrechts. Bezeichnend ist, daß die KPD. gegen die Arbeitsbeschaffungsanleihe im Reichstag gestimmt hat. Die KPD. erkennt heute, laut einem Bericht der „Roten Fahne“ über die Reichskonferenz der RGO., die Bedeutung der Unabhängigkeit der Tarifverträge und des Schlichtungswesens, sowie der Verbindlichkeitserklärung endlich an. Wer Kritik übt am Inhalt und an der Gestalt der Tarifverträge, muß bedenken, daß von den 4,5 Millionen Mitgliedern der Gewerkschaften des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes nur 2,5 Millionen in voller Arbeit stehen und daneben 6 Millionen Volksgenossen nicht von der Arbeit, sondern von Unterstützung leben müssen.

In der Nachmittagsitzung berichtete Kollege Orlopp ausführlich über die Lohnbewegungen in den öffentlichen Betrieben. Wir haben hierüber im „Öffentlichen Dienst“ wiederholt berichtet. An der weiteren Diskussion beteiligten sich die Kollegen Schmeizer-Brandenburg, Schreiber-Berlin spricht über Tarif- und Lohnverhältnisse der Handels- und Verkehrsarbeiter, Säßig-Erfurt, Blank-Breslau, Geiler-Freiburg i. Br. und Gerbracht-Essen.

Im Schlußwort forderte Kollege Schulz die Funktionäre auf, die Arbeitsgerichtsbehörden möglichst nur dann anzurufen, wenn mit Aussicht auf Erfolg geklagt werden kann. Die Beantwortung von Fragebogen und die Unterlagen für unsere Statistik sind schon deshalb notwendig, weil derjenige, der eine Welt erobern will, diese Welt auch kennen muß.

Der Verbandsbeirat stimmte dann einem Reglement im Sinne des Referats einmütig zu.

Hierauf spricht Kollege Becker über den

#### Stand der Organisation.

Durch den Fortgang der Wirtschaftskrise sind unsere Einnahmen im II. Quartal 1931 zurückgegangen, während sich die Ausgaben steigerten, insbesondere für Arbeitslosenunterstützung. Das hat den Verbandsvorstand veranlaßt, den Personalkörper zu verringern, die Gehälter mehrmals abzubauen, Diäten und Reisekosten stark herabzusetzen, sowie die Zahl der Konferenzen stark einzuschränken. Diese Notmaßnahmen haben sich jedoch als unzureichend erwiesen, insbesondere deshalb, weil größere Mittel der Hauptkasse für den Bau des neuen Verbandshauses benötigt wurden, der unter günstigeren Verhältnissen geplant und von den Körperschaften des ehemaligen Verkehrsverbundes beschloffen worden ist. Die Anlage eines Teils unseres Verbandsvermögens ist ohne Beschluß des Verbandsvorstandes von einzelnen Kollegen erfolgt; insofern haben diese Kollegen die statutarischen Pflichten verletzt. Diese Feststellungen sind durch eine vom Verbandsvorstand eingesetzte Untersuchungskommission getroffen worden. Das Ergebnis der Prüfungen der Kommission und die Beratungen des Verbandsvorstandes haben die Kollegen Schumann, Nürnberg, und Ruppert veranlaßt, von ihren Funktionen zurückzutreten. Es war infolgedessen eine Umbeziehung der Geschäftsleitung erforderlich. Kollege Becker gibt die neue Zusammensetzung der Geschäftsleitung des Verbandes bekannt. Falls der Beirat diesen Vorstandsbeschlüssen zustimmt, sollen sie bis zum Verbandstag Gültigkeit haben. Es wird auch in nächster Zeit eine weitere Verminderung des Personalbestandes sowohl in der Hauptverwaltung wie in den Orts- und Bezirksverwaltungen erfolgen müssen. Dem Verbandsbeirat wird ein neues Gehaltsregulativ unterbreitet, mit einer Kürzung der Gehälter von insgesamt 30 bis 33 Proz. Auch die übrigen Personal- und Sachausgaben wurden erheblich herabgesetzt.

Kollege Dittmer berichtete über die vom Verbandsvorstand beschlossenen Änderungen in der Verbandspresse mit dem Ziel der Vereinheitlichung der Verbandsorgane. Die „Gewerkschaft“ erscheint in Zukunft nur noch in zwei Ausgaben: A (öffentliche Betriebe) und B (Privatbetriebe, insbesondere Transport, Verkehr, Schifffahrt usw.). Hierüber wurde bereits im Verbandsteil Nr. 24 der „Gewerkschaft“ berichtet. Während die Ausgaben für die Presse im Jahre 1930 noch über 2 Millionen Mark betragen, wurden durch Einschränkung im Jahre 1931 die Kosten auf 1,6 Millionen Mark gesenkt. Die erneuten Einschränkungen seit Anfang 1932 haben das Budget weiter um eine halbe Million entlastet. Nun sollen durch Fortfall des Umschlages und Zusammenlegung weitere Einsparungen von etwa 250 000 Mk. erfolgen. Der Referent betont ausdrücklich, daß in der jetzigen bewegten Zeit das Verbandsorgan wöchentlich erscheinen und von allen Kollegen gelesen werden muß, denn unsere Verbandspresse ist die Fackel der Organisation.

Kollege Polenske gab in Ergänzung der Ausführungen des Kollegen Becker dem Verbandsbeirat ausführlich Aufschluß über die Feststellungen der vom Verbandsvorstand eingesetzten Prüfungskommission. Die in der kommunistischen und SAP-Presse erschienenen Einzelheiten entbehren jeder Grundlage. Kollege Polenske weist darauf hin, daß es sich absolut nicht um einen Streit um die Führung handelt. Er wies auch die Andeutungen zurück, als ob Unterschlagungen von Verbandsgeldern in der Hauptkasse vorgekommen seien.

Hierauf verliest der Vorsitzende, Kollege Müntner, ein Schreiben des Kollegen Schumann, in dem dieser seinen Rücktritt erklärt.

In der ausführlichen Aussprache, die sich bis spät in die Abendstunden hinein zog, nahmen unter anderen das Wort: Engel-München, Ziehm-Frankfurt, Kiel-Berlin, Bepf-Stuttgart, Prause-Breslau, Schaum-Berlin, Puchalka-Berlin, Walter-München und Langkau-Berlin, von der Revisionskommission.

Die Bestätigung der neuen Geschäftsleitung, an der in Zukunft alle besoldeten Vorstandsmitglieder teilnehmen, wurde alsdann einstimmig beschlossen. Der Verbandsvorstand wurde auf Beschluß des Verbandsbeirats ermächtigt, die Einberufung des Verbandstages eventuell erst im Jahre 1933 vorzunehmen.

Für die Revisionskommission wurde ein neuer Obmann bestellt.

\* \* \*

Am zweiten Tag beschäftigt sich der Verbandsbeirat mit den Unterstützungs- und Satzungsfragen, worüber der Kollege Reiß als Hauptkassierer berichtet. Von den Mitgliedern des Gesamt-Verbandes sind zurzeit 115 000 arbeitslos, 158 000 Kurzarbeiter und 42 000 Invaliden und Pensionäre. Dem Verbandsbeirat wird gleichzeitig eine Vorlage unterbreitet, worin eine Neuregelung unserer Unterstützungseinrichtungen vorgesehen ist, jedoch soll die Streik- und Gemäßregelungenunterstützung in bisheriger Höhe beibehalten werden. — Nach längerer eingehender Debatte, an der sich u. a. die Kollegen Engel, München, Geiler, Freiburg, Gack, Hamburg, Ortman, Berlin, Schwarz, Mannheim, Gerbracht, Essen, und Kurpat, Dresden, beteiligen, beschließt der Verbandsbeirat gemäß den Vorschlägen des Verbandsvorstandes, eine entsprechende Neuregelung der Unterstützungssätze vorzunehmen. Wir werden hierüber im Verbandsteil der nächsten Nummer der „Gewerkschaft“ berichten. — Kollege Reißner faßt dann in einem wundervollen Schlußwort die Ergebnisse der Tagung zusammen. Er weist darauf hin, daß nichts vertuscht wurde, sondern ausgesprochen, was ist. Das Mißverhältnis zwischen Einnahmen und Ausgaben erfordert ein Reformwerk in unserem Unterstützungswesen, was nun durch die Beschlüsse des Verbandsbeirats geschehen ist. Bedauerlich ist die notwendig gewordene Einschränkung unserer Verbandspresse; denn sie ist die beste Waffe in unserem Kampfe, den wir für den sozialen Aufstieg unserer Kollegen führen. Wenn in der Diskussion manches harte Wort gesprochen wurde über die KPD. und

SAP., so kann uns das niemand übelnehmen, weil uns die Einigkeit und Geschlossenheit der Arbeiterbewegung als das wertvollste und kostbarste Gut der Arbeiterschaft erscheinen muß.

Wir stehen vor einem schweren Kampfe bei dieser Reichstagswahl. Es geht wahrhaftig um das Schicksal der deutschen Arbeiterbewegung, ja um das Schicksal der deutschen Arbeiterklasse. Diese Erkenntnis muß allgemein vorhanden sein. So trübe und schwer die Zeit auch ist, wir alle gehen nicht etwa mit Kleinmut in den Kampf, sondern mit Begeisterung. Wir müssen auch mit allen Kräften weiter wirken für unseren Verband; denn wer für ihn eintritt, arbeitet für die gesamte deutsche Arbeiterbewegung. Unserer Organisation gehört unsere ganze Kraft. Es gilt jetzt bei der Wahl alle Kräfte einzuspannen, aber auch für die Weiterentwicklung des Gesamt-Verbandes überall einzutreten.

Die Verbandsbeiratsitzung schließt mit einem brausenden Hoch auf den Verband.

#### Zentrumsarbeiter gegen SA.

Eine Vertretertagung der westdeutschen katholischen Arbeitervereine hatte am 10. Juni in Essen nach einem Referat des zweiten Vorsitzenden der Zentrumspartei, Reichstagsabgeordneten Joos, eindeutig gegen die Regierung von Papen Stellung genommen. Die Vertretertagung nahm eine Entschliebung an, die sich an den Reichsinnenminister, Freiherrn von Gapp, und an den preußischen Innenminister Severing wendet, in der sie sagt:

„Die Vertreter der katholischen Arbeiterbewegung Westdeutschlands befürchten von der Aufhebung des SA- und SA-Verbots Ausschreitungen im bevorstehenden Wahlkampf. Sie werden deshalb mit gleich gerichteten Volksverbänden ihre Schutz- und Abwehrorganisationen stärken. Sie erwarten von den Ministern Sicherung der staatsbürgerlichen Freiheit und schärfste Verfolgung aller, die sich dagegen vergehen.“

## Für die Freiheit!

Die Organisation ist in Gefahr! Die Reichstagswahl entscheidet! Wehr' dich! Gib dein Freiheitsopfer!



Alle Funktionäre haben Freiheitsopfer-Marken zu 15 und 50 Pfennig. —

Bringe dein Freiheitsopfer! Jedes Scherlein zählt!

## Gib

## Das Reich zahlt seine Schulden nicht Preußen muß deshalb neue Notmaßnahmen ergreifen

In dem preußischen Haushaltsplan für 1932/33 sind, um die Einnahmen und Ausgaben in Einklang zu bringen, verschiedene Ausgaben stark gedrosselt worden. Der restliche Fehlbetrag von 100 Millionen Mk., so war im Haushaltsplan vorgesehen, sollte durch Uebereignung von Anteilen der Deutschen Siedlungsbank auf das Reich ausgeglichen werden. Damit war die Regierung Brüning seinerzeit einverstanden, und der Preußische Haushalt wäre in Einnahmen und Ausgaben in Ordnung gewesen. Nun hat sich aber herausgestellt, daß die jetzige Reichsregierung sich ihrer Verpflichtung Preußen gegenüber entzieht, und daß das Reich die 100 Millionen Mk. in fünf gleichen Jahresraten, beginnend mit dem 1. Juli 1933, zahlen will. Dadurch kommt Preußen in die Zwangslage, den Haushaltsplan auf andere Art und Weise auszugleichen. Die Verantwortung für die Notmaßnahmen, die Preußen nun treffen mußte, fällt auf das Reich zurück. — Die neue Preußische Notverordnung enthält folgende Bestimmungen:

1. Die Hauszinssteuerverordnung wird in der Weise geändert, daß die Gemeinden eine Zuweisung von 160 Millionen Mk. für bedürftige Mieter erhalten. Diese Maßnahme wirkt sich dahin aus, daß künftig nur noch Einkommen von 800 Mk. jährlich von der Hauszinssteuer befreit bleiben, während die bisherige Grenze bei dem Existenzminimum von 1200 Mk. lag.

2. Mit Wirkung vom 1. Juli wird eine Schlachtsteuer eingeführt. Der Tarif der Schlachtsteuer entspricht dem in Bayern gültigen Tarif, liegt also unter den in Sachsen gültigen Steuerätzen. Es bleiben danach Hauschlachtungen frei, ferner Ferkel bis 30 Kilo, Schweine bis 75 Kilo werden mit 5 Mk., bis 125 Kilo mit 8 Mk. und über 125 Kilo mit 10 Mk. Steuer belegt. Der Finanzminister hat bezüglich der Schlachtsteuer der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß die Fleischpreise hiervon nicht in Mitleidenschaft gezogen werden, sondern daß bei der geringen Konjunktur diese Steuer von dem Zwischenhandel und den Produzenten getragen wird.

3. Ab 1. Juli werden von den Gehältern der preußischen Beamten bei verheirateten Beamten mit Kindern 2½ Proz. des Gehaltes, bei ledigen Beamten und bei verheirateten Beamten ohne Kinder 5 Proz. des Gehaltes einbehalten. Das gleiche gilt für die staatlichen Angestellten und für sämtliche Angestellten und Beamten der preußischen Gemeinden. Die Einbehaltung ist so gedacht, daß der Gehaltsanspruch aufrechterhalten bleibt. Die zurückbehaltenen Beträge werden monatlich mit Wirkung vom 1. Juli 1937 zurückgezahlt in der Form, daß der Betrag, der am 1. Juli 1932 einbehalten wurde, am 1. Juli 1937 zurückgezahlt wird. Um die Beamten sicherzustellen, wird für den Todesfall vorgesehen, daß der gesamte Betrag dann sofort zurückgezahlt wird. Bei Angestellten wird der Gesamtbetrag nachgezahlt, falls der Angestellte vor Ablauf der 5 Jahre ausscheidet, und ebenfalls sofort, wenn er ohne Versorgungsansprüche ausscheidet. Eine Übertragbarkeit dieser Ansprüche der Beamten an den Staat ist für die Dauer der Sperrfrist ausgeschlossen. Durch diese Gehaltseinbehaltung sollen 26 Millionen Mk. eingespart werden.

Nach den personellen Einsparungen verbleibt noch ein Defizit von 24 Mill. Mk., das durch neue Sach einsparungen gedeckt werden soll. Mit diesen Maßnahmen ist der materielle Ausgleich durchgeführt und, wie Finanzminister Dr. Klepper erklärte, die Kassenlage in Preußen auf lange Sicht sichergestellt, wenn nicht unvorhergesehene Änderungen der allgemeinen Lage eintreten.

Die Beamten und Angestellten können heute keinen Pfennig mehr entbehren, und um so schwerer muß sie die neue Kürzung ihres Einkommens treffen. Es muß hier aber festgestellt werden, daß diese Maßnahmen nicht notwendig gewesen wären, wenn die Regierung der Barone, hinter denen Hitler steht, ihrer Verpflichtung gegenüber dem Staate Preußen nachgekommen wäre. Es scheint, daß das Reich mit Absicht Preußen in diese Lage hineingebracht hat, um die Enttäuschung der Beamten und Angestellten in den kommenden Wahlkämpfen zu ihren Gunsten auszuwerten. 3.

## Tagung der Internationalen Arbeitskonferenz

Die 16. Tagung der Internationalen Arbeitskonferenz in Genf hat sich mit der Wirtschaftskrise und der Sozialgesetzgebung befaßt und eine Entschließung Jouhaux, Mertens, Schürch angenommen, die heftig umstritten war, deshalb, weil sie außer den beiden vorgenannten Punkten auch die Reparationsfrage berührte. Im Ausschuss ist mit besonderer Wärme Albert Thomas, der kürzlich verstorbene Präsident des Internationalen Arbeitsamtes, für die Entschließung eingetreten, und zwar besonders für den Teil, der die Arbeitsbeschaffung betrifft und sich mit den Reparationen beschäftigt. Die Entschließung wendet sich an den Völkerbund und an die einzelnen Staaten, verlangt die Organisierung und Finanzierung öffentlicher Arbeiten, Mitwirkung bei der Regelung der Reparationsfrage, eine Konferenz zur Regelung des Währungs-, und Kreditwesens und eine weitere Konferenz zur Beratung der Frage der Erzeugung der Waren und ihres Umlaufs.

In einer weiteren Entschließung fordert die Konferenz den Verwaltungsrat auf, die Frage der gesetzlichen Einführung der vierzigstündigen Woche in allen Industriestaaten im Hinblick auf die Annahme einer internationalen Regelung zu prüfen.

Vom Verwaltungsrat war weiter auf die Tagesordnung gesetzt: 1. die Aufhebung der gewerbmäßigen Arbeitsvermittlungsstellen, 2. die Invaliden-, Alters- und Hinterbliebenenversicherung, 3. das Mindestalter für die Zulassung von Kindern zur Arbeit in nichtgewerblichen Berufen, 4. teilweise Abänderung des Uebereinkommens über den Schutz der mit dem Beladen und Entladen von Schiffen beschäftigten Arbeiter gegen Unfälle. Die beiden letzteren Punkte haben auf der Konferenz ihre endgültige Regelung gefunden, während zu den ersten zwei Punkten nur Richtlinien aufgestellt wurden.

Die Zulassung von Kindern in den nichtgewerblichen Berufen wurde durch einen Uebereinkommensentwurf geregelt, der alle Stellen erfassen soll, die noch nicht durch die bereits früher angenommenen Uebereinkommen erfasst worden sind. Kinder unter vierzehn Jahren sowie solche, die das vierzehnte Lebensjahr zwar überschritten, aber noch schulpflichtig sind, dürfen nicht beschäftigt werden. Kinder mit vollendetem zwölften Lebensjahr können mit leichten Arbeiten beschäftigt

werden, wenn diese die Gesundheit und den Schulbesuch nicht beeinträchtigen und die Dauer von zwei Stunden an Schul- und Ferientagen nicht überschreiten.

Ueber die Punkte 1 und 2 wird gesagt, daß die bei der Invalidenversicherung aufgestellten Grundsätze im wesentlichen der deutschen Gesetzgebung entsprechen. Aehnlich ist es bei der Abschaffung der gewerbmäßigen Arbeitsvermittlungsstellen. Die auf diese Fragen bezüglichen Antworten der Regierungen sollen als Material den Uebereinkommensentwürfen zu diesen beiden Themen zugrunde gelegt werden.

### Allgemeine Arbeitsdienst- und Wehrpflicht

Das Deutschland der Nationalsozialisten soll zu einem Arbeitshaus und einer Kaserne werden. Das ging deutlich aus den Ausführungen des nationalsozialistischen Abgeordneten Oberst Hierl in einer Kundgebung der nationalsozialistischen deutschen Studentenschaft an der Technischen Hochschule in Charlottenburg am 9. Juni hervor. Nach den Plänen der Nazis sollen alle deutschen Männer, nicht nur die erwerbslosen, in der Zeit zwischen 17 und 30 Jahren 2 Jahre Arbeitsdienstpflicht ableisten. Auf diese Arbeitsdienstpflicht finden die arbeitsrechtlichen Bestimmungen über Tarif, Arbeitszeit usw. keine Anwendung. Der Arbeitsdienstpflichtige erhält keinen Lohn, sondern Unterkunft, volle Verpflegung, Kleidung, Wäsche und ein tägliches Taschengeld von 30 bis 50 Pf. Die „Schutzbestimmungen“, die in dem nationalsozialistischen Gesetzentwurf zur Einführung der Arbeitsdienstpflicht vorgesehen sind, enthalten Gefängnis- und Zuchthausstrafen für Verächtlichmachung oder Aufreizung zum Widerstand. Der unterste Arbeitsverband ist, immer nach den Ausführungen von Hierl, die Arbeitsabteilung, die aus einem Führer, einem Stellvertreter, einem Deputierten, einem Quartiermeister, einem Zeugmeister, einem Sportwart, einem Heilgehilfen, 15 Truppführern, 20 Dormännern, 4 Spielleuten und 170 Reichsarbeitern bestehen soll. Die Kommandeure und das Stammpersonal für das Arbeitsdienstpflichttheer sollen aus den Reihen der Wehrmacht, der Versorgungsanwärter der Reichswehr, ehemaligen Beamten und Technikern genommen werden. Im Anschluß an den zweijährigen Arbeitsdienst soll dann der Dienst im Heer — die allgemeine Wehrpflicht — erfolgen.

Das ist das Dritte Reich!

# Öffentlicher Dienst

Fachorgan für die Arbeitnehmer in öffentlichen Betrieben und Gärtnereien

Nummer 25

Berlin, den 18. Juni 1932

3. Jahrgang

## Fortschritte im Gas- und Wasserfach

Zur 73. Jahresversammlung des Deutschen Vereins von Gas- und Wasserfachmännern in Essen

II. (Schluß.)

Ueber „Fortschritte der industriellen Gasverwendung“ sprach Direktor Dipl.-Ing. O. Wolff (Essen). In großen Zinien zeichnete er die Wettbewerbsgrundlagen und den gegenwärtigen Stand des Wettbewerbs zwischen den verschiedenen Wärmeträgern in der Metallindustrie. Die Kohle sei nur für verhältnismäßig rohe Wärmeprozesse verwendbar. Mit dem Fortschritt der Vergütungsmethoden und der Entwicklung der Fließarbeit könnten nur die

modernen Wärmemaschinen Schritt halten, für deren Beheizung Gas, Elektrizität und Öl in Wettbewerb ständen. Zwischen diesen drei Energieträgern werde in Zukunft die Aufteilung der Wärmelieferung für die Fertigprozesse in der Industrie liegen. Nun mache zur Zeit die Elektrowärme in der Industrie sehr viel von sich reden, und man sei geneigt, ihr gerade für die Bearbeitung höherwertiger oder blanker Teile, die ohne Nachbehandlung weiterbearbeitet werden sollten, gewisse Vorteile zuzusprechen, die dem Gas als Wärmeträger angeblich nicht in gleichem Maße zu eigen seien. Tatsache sei aber, daß rein wirtschaftlich die Wettbewerbsfähigkeit sich so darstelle, daß ein Kubikmeter Gas etwa doppelt soviel kosten dürfe, wie die für den gleichen Zweck angebotene Kilowattstunde Strom (der Wärmeinhalt des Kubikmeter Gas ist ja etwa der Dierfache dessen der Kilowattstunde). Indessen habe die Entwicklung solcher Ofentypen, die das eingesezte Material entgegen dem Wärmestrom durchwandere, in letzter Zeit den Wärmeausnutzungsgrad bei Gasbeheizung ebenfalls nahezu verdoppelt und also auch auf 60 Proz. und mehr gebracht. Die gasgefeuerten Öfen hätten den großen Vorzug, daß sie das Material nicht nur mit Wärme anstrahlten, sondern durch Berührung eines fließenden Wärmestromes mehr erwärmten.

„Die kontinuierlich arbeitende Wassergasanlage — Spätem Dintsch-Hillebrand der Hamburger Gaswerke G. m. b. H.“ befand sich an Hand zahlreicher Bilder und Zeichnungen Direktor Stief (Hamburg). Er ging aus von einer kurzen Schilderung der verschiedenen Vergasungsprozesse, um dann die Eigenart des kontinuierlichen Gasbetriebes damit zu vergleichen. Das Ausgangsmaterial für die vom Vortragenden beschriebene Anlage sei nicht Koks, sondern Braunkohlenbrikett. Es handele sich also um eine Kombination von Schmelzung und Vergasung, wobei die Schmelzgas in Wassergas umgewandelt würden.

Direktor Gehardt (Essen) behandelte das Thema „Gasverwendung im Gewerbe“. Er ging davon aus, daß die Verwendung des Gases im Gewerbe in den verschiedenen, oft verhältnismäßig nahe beieinander liegenden Orten noch sehr verschieden stark entwickelt sei, und führte dies in der Hauptsache auf zwei Ursachen zurück: Manche Gaswerke hätten noch gewisse Bedenken wegen der durch Gewerbegasverkauf zu befürchtenden Abgabeschwankungen, durch die sie nachteilige Rückwirkungen auf den Betrieb und damit letzten Endes auf die Gaselbstkosten erwarteten.

An Hand einiger Beispiele wies der Vortragende darauf hin, daß sich weder besonders hohe Tages- noch besonders hohe Stundenabgaben, selbst bei sehr starker Verwendung des Gases zu Heizzwecken oder im Gewerbe, ergäben, so daß jedenfalls keinerlei störende Abgabepizzen entstünden. Das Gasfach besitze ja auch in

der Speicherfähigkeit des von ihm gelieferten Brennstoffes, im Behälterraum und im Gasinhalt des Rohrnetzes verhältnismäßig große Ausgleichsmöglichkeiten, die sich namentlich gegenüber der Elektrizität außerordentlich vorteilhaft auswirkten und eine wesentlich großzügigere Absatzpolitik ermöglichen sollten. Der zweite Punkt, auf den die verschiedene Versorgungsichte der Gewerbe zurückgeführt werden müsse, sei die Unterschiedlichkeit der Tarife. Hier seien vom Tarifausschuß des Deutschen Vereins von

Gas- und Wasserfachmännern in der Beschreibung verschiedener Gastarifsysteme und ihrer Auswirkungen sorgfältige Vorarbeiten geleistet. Man möge aus den Forschungsergebnissen dieses Ausschusses nunmehr recht bald die Schlussfolgerungen ziehen, die Gewerbetarife, wo es notwendig sei, zu reformieren und namentlich in solchen Wirtschaftsgebieten auch für verschiedene Orte aneinander anzugleichen, in denen dem Gas regional zusammengefaßte Verteilungssysteme konkurrierender Energieträger, wie z. B. der Elektrizität, gegenüberständen. Prof. Dr. Hapo, Bruns-Gelsenkirchen, leitete in einem Rahmenreferat mit Schilbilden über „hygienische Probleme der Wasserversorgung an der Ruhr“ die wasserfachlichen Verhandlungen der diesjährigen Haupttagung des Deutschen Vereins von Gas- und Wasserfachmännern in Essen ein. Er streifte kurz die geschichtliche Entwicklung der Wasserwirtschaft an der Ruhr, dann charakterisierte er die Eigenart des Wasserbedarfs im Ruhrkohlengebiet und die hygienischen Forderungen, die zur Sicherung dieses Wasserbedarfs und für die Möglichkeiten der Bedarfsdeckung gestellt

### Straßen

**Straßenwärter sind wir nur -  
Doch immer nahe der Natur.  
Vöglein singt im Chausseebaum,  
Rabe fliegt wie schwerer Traum.**

**Straße zieht endlos dahin,  
Und hat doch den tiefen Sinn:  
Eint Berlin und eint Paris,  
Ueber Berge, Strom und Ries.**

**Chaussee kommt von Rotterdam,  
Steinfester Straßendamm.  
Hamburg, Dresden, Prag und Wien:  
Autos unsere Straßen ziehn.**

**Völkerstraßen, Völkerbund,  
Erdball ist nur klein und rund.  
Laßt uns alle Freunde sein,  
Freuen uns im Sonnenschein!**

Max Dortu

werden müßten. Aus wirtschaftlichen und hygienischen Gründen sei eine allgemeine Trennung von Trinkwasser- und Gebrauchswasserleitungen unmöglich. Man müsse daher in den Wasserwerken dem Ruhrwasser alle erforderlichen Eigenschaften verleihen, die es für industrielle Verwertung, wirtschaftliche Verwendung und zu Trinkzwecken haben müsse. Die hygienische Ausgestaltung der Wasserversorgung wirke stark auf die Gesundheit der Bevölkerung und insbesondere auf die Typhusfrequenz ein. Daher nähmen die Wasserwerke eine besondere Stellung sowohl zu den wirtschaftlichen Verbänden als auch zum Verein zur Bekämpfung der Volkskrankheiten im Ruhrgebiet ein. Es folgten Vorträge von Dr.-Ing. e. h. Link (Essen) über „Talsperren und ihre Einwirkung auf die Wasserversorgung an der Ruhr“, von Direktor Dipl.-Ing. Nerretter (Essen) über „Wasserversorgung im mittleren Ruhrkohlenbezirk mit besonderer Berücksichtigung der Stadt Essen“, und von Direktor Schmick (Gelsenkirchen) über „Die Wasserversorgung des Industriegebietes von Norden“. Regierungsbaumeister Kilm beschloß durch einen Vortrag über „Die Wasserversorgung des Ruhrkohlengebietes vom Rhein her“ die Reihe der wasserwirtschaftlichen Vorträge.

In Verbindung mit der Tagung des Deutschen Vereins von Gas- und Wasserfachmännern wurde im Haus der Technik in Essen die „Wasserfachliche Fachschau“ eröffnet. Die Ausstellung, die auch dem Laien manches Interessante bietet, befaßt sich u. a. mit der Einwirkung der verschiedenen Wasserarten auf das Rohrnetz, mit den Methoden der Untersuchung und Reinigung des Wassers und mit den Anforderungen, die an Wasser für industrielle Zwecke gestellt werden müssen.

Karl Hauße.

## Krisenkongress des deutschen Kinos

Es waren keine rauschenden Feste mehr wie in den früheren Jahren, die die deutschen Lichtspieltheaterbesitzer zur Hauptversammlung ihres „Reichsverbandes“ vom 23. bis 26. Mai in Frankfurt a. M. zusammengeführt hatten. Es war schon mehr ein Krisen-Kongress, der sich von dem der Freien Gewerkschaften grundlegend schon allein dadurch unterschied, daß keinerlei Auswege aus der Krise aufgezeigt werden konnten.

Auch der noch friedliche Verlauf der Vorstandssitzung am ersten Tag konnte nicht über eine große Ratlosigkeit hinwegtäuschen, die das starke Anwachsen einer breiten radikalen Front begünstigt hatte. Es wurde zwar schon am ersten Tag die entschiedene politische Neutralität des Reichsverbandes betont, gleichzeitig aber auch erklärt, daß es diese unpolitische, neutrale Haltung des Reichsverbandes „selbstverständlich nicht verwehre, mit der USDP“, als der größten deutschen Partei, in freundschaftlicher Fühlung zu bleiben, wie mit jeder anderen Partei.“

Die breite radikale Front des Reichsverbandes hat nun trotz aller Vertuschungsversuche große Erfolge davongetragen. Zwar ist nicht, wie man beinahe erwarten konnte, die ganze Tagung aufgefliegen; aber unter Führung des bayerischen Verbandsvorsitzenden Adolf Engl-München und des P. G. Johnson (Zeulenroda i. Th.) sind die „Verbandszellen“ der Nazis sehr stark angewachsen. Sie hielten zu gleicher Zeit in Frankfurt eine Tagung ab, die zeigte, daß die Zellenbildung in Mitteldeutschland, Baden, Württemberg und Bayern im Gegensatz zu Berlin innerhalb der Mitgliederreihen starken Fuß gefaßt hat. In der Delegiertenitzung des Reichsverbandes wurden denn auch verschiedene Vorstöße der „Aktivisten“ — so werden die Nazis zaghaft von der Filmpresse genannt — gemacht. P. G. Johnson machte dem Präsidenten, Kommerzienrat Scheer, den Vorwurf, daß man die Nazis nicht entsprechend ihrer Bedeutung und Größe einschätze. Offiziell erklärt die USDP, heute zu dem Auftreten ihrer Leute:

„Wer führt einen leidenschaftlichen Kampf gegen die Luftbarkeitssteuer, gegen die unerhörte Monopolstellung der Elektrokonzerne, gegen die Ausbeutung durch den Verleih und gegen das jüdische Filmkapital? Der Reichsverband bestimmt nicht, dafür aber die nationalsozialistischen Verbandszellen Deutscher Lichtspieltheaterbesitzer. Besonders in der Delegiertenitzung zeigte sich, daß der Verbandsvorsitzende wenig Neigung verspürte, einen neuen Kurs einzuschlagen. P. G. Johnson stieß mit seinen Vorschlägen auf schärfsten Widerstand, um so mehr, als er konsequent seine Sache verfolgt und sich zu Kompromissen nicht herbeiließ ... usw.“

Man hat den Nazis noch einmal festen Widerstand entgegen-gesetzt. Der politische Neutralitätskurs bleibt vorläufig weiter die Reichsverbands-Lösung, und die Taktik war recht klug, den Nazis durch die Bildung einer Kommission aus ihren Führern Gelegenheit zu geben, einmal praktische Leistungen unter Beweis zu stellen.

Die Debatten in dieser Delegiertenitzung hatten ebenso wie die „Coulloirs“-Gespräche der einzelnen Gruppen größere Bedeutung als die eigentliche Hauptversammlung. Der Präsident des Reichsverbandes, Kommerzienrat Scheer, hielt eine vielbeachtete Rede, die neben einer unerwartet scharfen Niveaukritik der deutschen

Filmproduktion in folgenden Forderungen gipfelte: Sofortige gründliche Untersuchung der die Konfliktentwicklung hemmenden Patente, Zuziehung von Sachverständigen bei der geplanten Neu-regelung der Urheberrechte und eventuell Staatsaufsicht, umgehende Abänderung der Normativbestimmungen für die Luftbarkeitssteuer durch den Reichsrat, baldige Änderung und Lockerung der Ver-ordnung über Film-Ein- und -Ausfuhr u. a. Bemerkenswert war auch Scheers Bekenntnis zur republikanischen Staatsform:

„Wir sind gute Republikaner immer gewesen. Ich lege Wert darauf, dies gerade hier in der demokratischsten Ecke des Reiches zu betonen. Wir alle hatten auch Zeit genug, die Vorzüge und Nachteile des republikanischen Systems zu prüfen. Daß unser Volk sich aber dauernd damit abfindet, daß Parteien und Interessengruppen gerade die Auswüchse dieses Systems bei uns großziehen, daß überhaupt die Republik zusteht, wie überall da, wo sie imponierend und überzeugend auftreten muß, wo die Lebensbedin-gungen des Volkes zur Debatte stehen, gepflegt und verteidigt werden müssen, das Forum sofort zum Sammelplatz lauffriger Advokaten wird, die um eine Sache solange herumdisputieren, bis sie ihrer Partei liegt. Das glauben wir nicht und bringen auch nie Verständnis dafür auf.“

Zahlreiche Beschlüsse wurden gefaßt: Die Programmlänge fest-gelegt, ein Stargenabbau verlangt, zur Neukodifizierung des Urheberrechts machte man Vorschläge, besonders scharf wandte man sich gegen den Schmalfilm, die Herabsetzung des Jugendzuschalters von 18 auf 14 Jahre wurde gefordert und gegen jede Zensur-verschärfung nahm man energische Stellung.

Wie schon gesagt: positive Ergebnisse hat Frank-furt nicht gebracht. Was aber sind die Lehren? Wir müssen leider von einem Nazi-Sieg sprechen. Die Arbeit der Radikalen hinter den Kulissen ist immer gefährlicher und erfolgreicher gewesen als das offene Auftreten. Man kann unsere republikanischen Gruppen nicht von aller Schuld freisprechen. Sie sind schon allein dadurch gehandicapt, daß nicht auch sie ein genau durchgearbeitetes Filmprogramm vorweisen konnten wie die Nazis. Ja sogar ein eigenes Filmschiff haben diese zur Frankfurter Tagung heraus-gebracht und damit erkannt, daß die Bearbeitung der Film- und Kinoleute wichtiger, leichter und lohnender ist, als bei den Führern anderer Gewerbe. Wie überall versprechen sie auch hier alles.

Die Konsequenzen der Theatervorgänge für die Theaterbesitzer sind klar genug. Das offizielle Organ des Reichsverbandes spricht sie recht eindeutig aus: Die Delegiertenitzung hat Scheer gehuldigt, obwohl sie zu 60 Proz. hitlerisch gesinnt ist. Denn Scheer hat Beifall gerade damit gefunden, daß er im Fachverband jede Politik ablehnte. Wenn die übrigen Parteien, wenn die heutige Regierung, wenn alle verantwortlichen Instanzen dem deutschen Lichtspiel-wesen weiterhin ihre Teilnahmslosigkeit bekunden, wenn die Linke, auch die linksstehende bürgerliche Presse, die Reichsverbänder, das heißt die deutschen Lichtspielhäuser nicht unterstützt oder weiter ignoriert, dann sollen sie sich nicht wundern, welche Folgen sie zu spüren bekommen werden. Der Scheerkurs des RD. hält auf Unparteilichkeit. Der Scheerkurs wird vom Hitlerkurs abgelöst, wenn Öffentlichkeit und Presse dem deutschen Lichtspiel-haus nicht in letzter Stunde helfen. Spectator.

## Verbandstag des englischen Verbandes der Gemeindearbeiter

Vom 16. bis 19. Mai fand der Kongress des englischen Gemeindearbeiterverbandes in Blackpool an der Westküste Englands statt, der diesmal eine besondere Note erhielt durch die starke Betonung politischer Fragen. Im Herbst hat die englische Arbeiterpartei eine unerhörte Niederlage erlitten. Nun ist aber die Verbindung von Partei und Gewerkschaft in keinem Lande so eng wie in Großbritannien, und von allen englischen Verbänden ist unser Verband dort wohl am stärksten politisch interessiert. Deshalb also nahm die poli-tische Diskussion einen so weiten Raum ein. Hinzu kam, daß der Verbandspräsident Clynes, der durch seine Tätigkeit als Innenminister verhindert worden war, an dem vorigen Kongress teilzunehmen, diesmal den Verbandstag leitete. Der Präsident eröffnete die Tagung mit sehr inter-essanten, hauptsächlich politischen Ausführungen. Aus den Verhandlungen sah man, wie leidenschaftlich die englische organisierte Arbeiterschaft den politischen Kampf führt, wie sehr sie durch den Abfall Macdonalds von der Arbeiterpartei aufgewühlt worden ist. So nahm der Kongress eine scharfe Resolution an, die jedem, der sich in der jetzigen Regierung als Arbeitervertreter ausgibt, dieses Recht abspricht und die fordert, daß keiner der Abtrünnigen jemals wieder in die Reihen der Genossen aufgenommen werden dürfe.

Ein englischer Kongress verläuft natürlich anders als ein deutscher. Am stärksten fällt auf, welche Autorität der Präsident besitzt, welche Disziplin die Delegierten wahren und wie beherrschend die Stellung des Generalsekretärs ist. Nun gehört freilich auch Clynes, der Präsident, zu den großen Figuren der englischen politischen Bewegung und der Ge-neralsekretär Thorne zu den bekanntesten Männern der englischen Arbeiterschaft. Er wurde als einziger Arbeiter-vertreter ohne Gegenkandidaten beim letzten Wahlkampf aufgestellt und war damit ohne Wahl gewählt. Auf dem Kongress erstattete er den Tätigkeitsbericht, d. h. er gab zu dem gedruckt vorliegenden 28 Seiten umfassenden Ge-schäftsbericht einige Erläuterungen. Die Mitgliederzahl ist infolge der Krise etwas zurückgegangen, das Vermögen aber dennoch gewachsen.

Eine längere Debatte entfesselte die Frage des Bildungs-wesens. Der Verband gab seither den Arbeiterbildungs-einrichtungen eine jährliche Unterstützung. Zum ersten Male wurde nun der Gedanke angeregt, wie auf dem Kontinent eigene Verbandsbildungseinrichtungen zu schaffen; doch wurde an dem seitherigen System diesmal noch nichts geändert.

Den größten Teil des Verbandstages nahmen die Statutenänderungen ein. 239 Anträge lagen vor. Sie betrafen aber alle nur Einzelheiten, die für den Außenstehenden bedeutungslos sind. Von allgemeinem Interesse war vielleicht der Antrag, daß Verbandsangestellte mit 65 Jahren zu pensionieren seien; er wurde aber abgelehnt. Der 1. Generalsekretär Thorne und der 2. Tevenan sind beide 74 Jahre alt.

Auf einem englischen Verbandstag gibt es nicht Referate zu den einzelnen Tagesordnungspunkten, wie bei uns. Dafür liegen aber einige Resolutionen vor, die in der Regel von zwei oder drei dazu bestimmten Delegierten vertreten werden und die die Grundlage für die Diskussion bilden. Eine Resolution forderte Streichung der Kriegsschulden und Reparationen, eine andere Abrüstung, wieder eine andere die 40-Stunden-Woche ohne Lohnsenkung, eine weitere die Aufnahme von Handelsbeziehungen mit Rußland.

Der Verband unterhält einen eigenen Fonds für politische Zwecke, in den jährlich pro Mitglied 1,30 Mark gezahlt und aus dem die Kosten für die Wahl usw. der zwölf offiziellen Kandidaten bestritten werden. Bei der letzten Wahl hatten nur zwei Vertreter Erfolg; die zehn übrigen bleiben weiterhin die Verbandskandidaten. Interessant dürfte es sein, daß der Wahlkampf im Herbst den Verband rund 80 000 Mark kostete. Eine lebhaftige Diskussion entspann sich über den Ortsanteil an dem politischen Fonds. Er wurde auf 40 Proz. erhöht.

Der Verbandstag war umrahmt von einer Reihe von Festlichkeiten, die stets einen wichtigen Bestandteil des Kongresses bilden und bei denen auffiel, wie zahlreich die Frauen der Delegierten daran teilnahmen. V. Hartig.

## Landstraßenwärter

67 749 Kilometer tschechoslowakisches Straßennetz. In der Tschechoslowakei wurden 67 749 Kilometer Landstraßen gezählt, die allerdings ungleich verteilt sind und deren Netz, nach Osten hin fortschreitend, immer loser wird. Sechzig Prozent der tschechoslowakischen Landstraßen, nämlich 35 287 Kilometer, entfallen allein auf Böhmen; Mähren-Schlesien verfügt über 15 502 Kilometer Straßen, in der Slowakei gibt es nur 14 355 Kilometer Landstraßen und in Karpathorußland gar bloß 2335 Kilometer, also rund ein Siebentel der Länge der mährisch-schlesischen Straßen, obgleich Karpathorußland etwa halb so groß ist wie Mähren-Schlesien. Die meisten der tschechoslowakischen Landstraßen stehen in der Verwaltung der Bezirke. In Böhmen und Mähren gibt es 44 827 Kilometer Bezirksstraßen, in der Slowakei 7405 Kilometer der sogenannten Dizinalstraßen. Die Länge der Staatsstraßen beträgt 8583 Kilometer, davon sind 4425 Kilometer in Böhmen. Straßen in Landesverwaltung gibt es in der Slowakei und Karpathorußland 6624 Kilometer, in Böhmen 23 Kilometer, in Mähren-Schlesien keine.

E. P.

## Aus unserer Bewegung

**Gotha.** Die Gothaer Gemeindeglieder der RGO. hatten sich für den 4. Juni gleich zwei Kenner der russischen Verhältnisse als Referenten verschrieben, welche die Aufgabe hatten, die reine Wahrheit zu berichten. Die Art, wie diese Berichterstatter ihre gewonnenen Eindrücke von sich gaben, ließ vermuten, daß ihr Denkvermögen in demselben Tempo absiehte, wie sie sich von der Heimat entfernten. Die Schilderung der Abreise bis zur russischen Grenze konnte noch hingenommen werden. Dann aber wurde alles unglaublich phantastisch. Wenn die Berichte unverfälscht wiedergegeben wurden, dann ist es in Rußland möglich, die Bevölkerungszahl einer Stadt innerhalb 3 Jahren von 25 000 auf 200 000 und in den nächsten 1½ Jahren auf 2 Millionen zu erhöhen. Daß ferner in den letzten 3 Jahren 25 000 Kilometer Eisenbahn gebaut wurden, wird mit einer geradezu faszinierenden Kaltblütigkeit berichtet. Der ungeheueren Bevölkerungszuwachs sei die Ursache, daß die Lebensmittel rationalisiert werden mußten; denn es wäre nicht möglich gewesen, genügend Lebensmittelgeschäfte zu schaffen. Von den ehemals 90 Proz. Analphabeten ist jetzt — o, glückliches Rußland — nur noch 2 Proz. das Lesen und Schreiben zu lehren. Daß es hunderttausende verwaiste Kinder gibt, sei die Schuld dieser selbst, weil ein geregelteres Leben in Heimen den Kindern unerträglich sei. Daß in allen Betrieben rote Tafeln, welche die Namen der leistungsfähigen Arbeiter tragen, aber auch schwarze Tafeln angebracht sind, auf welchen die weniger leistungsfähigen glänzen

müssen, findet man ganz selbstverständlich und das ist beileibe nicht als Antreiberei aufzufassen. Der Lohn des Arbeiters bewegt sich zwischen 100 und 800 Rubel; jedoch sei mit 100 Rubel das Existenzminimum gesichert. Ein Zwischenrufer wollte wissen, wie diejenigen Arbeiter ihr Geld anlegen, welche bis zu 800 Rubel verdienen. — Der Redner erklärte, daß sie sich dafür die „auskömmlich“ rationalisierten Waren im freien Handel zu sehr hohen Preisen kaufen. Der russische Bonze erhält monatlich 300 Rubel ohne Pensionsberechtigung. Der Arbeiter hingegen, wie oben gesagt, bis zu 800 Rubel mit Pensionsberechtigung. Kommentar zu diesem Kindergeschwätz nicht angebracht.

K.

## RUNDSCHAU

**Was bedeutet für die städtischen Arbeiter eine Linksmehrheit im Stadtparlament?** In dem Städtchen Stadtoldendorf, im Lande Braunschweig, hatte vor einigen Jahren eine Linksmehrheit, während der Amtszeit des sozialdemokratischen Bürgermeisters Röder, einen Beschluß gefaßt, nach dem entsprechend den Richtlinien des mitteldeutschen Arbeitgeberverbandes, sämtlichen invaliden Arbeitern ein Zuschuß zur Rente gezahlt wurde. Nach Ablauf der Amtszeit des sozialdemokratischen Bürgermeisters, der mit Hilfe der KPD. nicht wieder gewählt wurde, war es für den Nazi-Minister Klages in Braunschweig an der Zeit, die Stelle mit einem Parteibuchbeamten seiner Couleur zu besetzen. In der „Landeszeitung“ vom 10. Mai saate Minister Klages in einem Artikel gegen den sozialdemokratischen Oberbürgermeister Böhm, Braunschweig, daß der Bürgermeister Pieperbeck, Stadtoldendorf, bewiesen habe, daß in einem braunschweigischen Gemeinwesen ein Ausgleich des Haushalts möglich sei, und daß Oberbürgermeister Böhm als Sozialdemokrat wenigstens versuchen solle, was einem Nationalsozialisten gelungen sei. Die erste Heldentat dieses Herrn Pieperbeck bestand nun in der restlosen Streichung dieser oben angeführten Ruhelöhne. Also Herr Pieperbeck gleich seinen Etat auf Kosten der städtischen Arbeiter aus. Fürwahr, eine stolze Tat eines Arbeitervertreters. In der Stadt Seelen ist auch eine Linksmehrheit vorhanden, hier wurden vor kurzem 3 Kollegen, die das 65. Lebensjahr überschritten hatten, abgebaut. Der Rat der Stadt erklärte, daß für Ruhelohn kein Geld vorhanden sei, denn der ehemalige Staatskommissar habe für solche Sachen kein Geld bereitgestellt. Dieses machte jedoch unsern Vorsitzenden der Ortsverwaltung keine Kopfschmerzen. Kollege Steinhoff verfaßte einen entsprechenden Antrag, fügte die Richtlinien bei und sandte dieses an die Stadtverordnetenversammlung. In der Sitzung wurde der Antrag von der SPD.-Fraktion begründet und siehe da, selbst die Nazis, 2 Mann an der Zahl, stimmten für die Ruhelohnordnung. Da sieht man die Doppelzüngigkeit der Nazis. Sind sie in der Minderheit, wird für alles gestimmt, sind sie jedoch in der Mehrzahl oder haben sie die Macht, dann wird rücksichtslos gestrichen. Kollegen sorgt in allen Orten dafür, daß die einzige Partei, die für die Interessen der Arbeiterchaft eintritt, die Sozialdemokratische Partei, die Mehrheit erhält, dann seid ihr gewiß, daß wenn ihr einig abgearbeitet und alt seid, für euch gesorgt wird. Nicht warten bis zur nächsten Wahl, sondern immer und ununterbrochen muß gewonnen werden, für die Interessen der Arbeiterchaft, für die freien Gewerkschaften und die SPD. Auch der letzte Mann muß bei uns organisiert sein, erst dann ist der Sieg unfer.

**Nationalsozialisten gegen Regiebetriebe.** Im Sächsischen Landtag hat die Frage der Aufrechterhaltung der Regiebetriebe erneut eine Rolle gespielt. Die SPD. bemühte sich, eine auf einen früheren Landtagsbeschluß gestützte Verordnung der sächsischen Staatsregierung, die sich gegen bestimmte Regiebetriebe wendet, aufzuheben. Es wurde weiter in diesem Antrag von der Regierung gefordert, der unsachlichen Heße gegen die Regiebetriebe der Gemeinden nachdrücklich entgegenzutreten. Der Antrag der SPD.-Fraktion fand keine Mehrheit. Auch die Nationalsozialisten, die sich nicht genug als Interessensvertreter der Beamten, Angestellten und Arbeiter in den öffentlichen Betrieben anpreisen können, stimmten gegen den Antrag. Dem Bericht über diese Landtagsitzung geben sie in ihrem Landesorgan, dem „Freiheitskampf“, Nr. 122, 2. Jahrg., S. 3, die Ueberschrift: „Schluß mit den Regiebetrieben“. Wörtlich wird in dem Bericht gesagt:

„Die Sozialdemokratie, von der man sagt, daß sie noch von einigen hoffnungslos vertrottelten Mittelständlern gewählt wird, zeigte wiederum ihr mittelstandsfreudiges Herz, indem sie verlangte, der „unsachlichen Heße gegen die Regiebetriebe entgegenzutreten.“ — Wir Nationalsozialisten wollen nicht nur die gemeindlichen, sondern auch die staatlichen Regiebetriebe unterbinden.“

Die Arbeiter, Angestellten und Beamten in den Regiebetrieben erschen aus diesem Verhalten, wie wenig ernst es die Nationalsozialisten mit ihren leicht ausgesprochenen Versprechungen nehmen. Die Stellungnahme der nationalsozialistischen Abgeordneten bedeutet einen Angriff auf die Existenz der in Regiebetrieben Beschäftigten. Das sollte vor allen Dingen denen gesagt werden, die sich inzwischen von der nationalsozialistischen Propaganda betören ließen.

O. K.

# GÄRTNEREI • PARK • FRIEDHOF

## Zur behaupteten Tarifunfähigkeit des Reichsverbandes

Der Reichsverband des deutschen Gartenbaues vertritt seit einigen Jahren gelegentlich den Standpunkt, nicht „tariffähig“ zu sein. Es geschieht das immer dann, wenn er aus inneren Organisationschwierigkeiten heraus oder aus sonstigen taktischen Gründen einer tariflichen Regelung der Arbeitsverhältnisse aus dem Wege gehen oder von einer solchen loskommen möchte. Derartige Bemühungen wurden auch wieder bei Tarifverhandlungen in diesem Frühjahr in einigen Bezirken unternommen. Ihnen war jedoch ein Erfolg nicht beschieden; denn es ist in jenen Orten wieder zum Abschluß der Tarifverträge gekommen. Deshalb soll auf die einzelnen Vorgänge hier nicht näher eingegangen werden, aber es erscheint angebracht, zur Sache selbst einiges zu sagen und festzustellen.

Bei der Austragung eines früheren Streitfalles wurde vom Reichsverband des Deutschen Gartenbaues (Schreiben vom 20. Dezember 1930) erklärt, er vertrete die Auffassung, daß die endgültige Entscheidung über die Tariffähigkeit des Reichsverbandes und seiner Landesverbände von den Gerichten und nicht von Verwaltungsbehörden zu treffen sei. Aber es ist doch sehr beachtenswert, daß bei dieser grundsätzlichen Auffassung der Reichsverband als solcher sich bisher sehr gehütet hat, eine gerichtliche Entscheidung herbeizuführen. Gelegenheit dazu haben wir ihm schon des öfteren gegeben. Man hat es wohlweislich nur erst mal einer Ortsgruppe überlassen, die Frage der Tariffähigkeit gerichtlich klarzustellen. Diese auch von uns sehr gewünschte Klarstellung erfolgte im Jahre 1929 durch das Landesarbeitsgericht Berlin (Aktenzeichen der Entschgd. 102 S. 44/29), und in den Entscheidungsgründen dieses Urteils wird ausgeführt, daß die Tariffähigkeit nicht deshalb verneint werden könne, weil Personen in leitender Stellung die Mitgliedschaft erwerben können. Auch aus den Aussagen des Reichsverbandes könne die Tarifunfähigkeit nicht hergeleitet werden.

Nach dieser Abfuhr hat der Reichsverband es noch nicht gewagt, bei den verschiedenen sich ihm gebotenen Gelegenheiten eine gerichtliche Entscheidung zu veranlassen, ein Beweis dafür, daß man im Reichsverbande an die „guten Gründe“ der vertretenen Auffassung selbst nicht glaubt.

Obgleich in jener Erklärung den Verwaltungsbehörden das Recht abgesprochen wird, Entscheidungen über seine Tariffähigkeit zu treffen, hat doch der Reichsverband in einem späteren Streit um die Tariffähigkeit des Landesverbandes Ostpreußen in einem sehr länglichen Schriftsatz an das Reichsarbeitsministerium den Versuch unternommen, diese Verwaltungsbehörde von seiner Unfähigkeit zum Abschluß von Verträgen mit Arbeitnehmern und deren Organisationen zu überzeugen. Man hat geglaubt, das durch eine Darlegung der Entwicklung der Organisationen der gärtnerischen Arbeitgeber zum heutigen Reichsverband des deutschen Gartenbaues zu erreichen.

Dabei sind natürlich, wie üblich, durchaus schiefe Darstellungen und Auslegungen zur Anwendung gekommen. Da nun anzunehmen ist, daß dieses zurechtgebredete Material immer wieder verwendet wird, erscheinen uns einige Richtigstellungen angebracht.

In dem genannten Schriftsatz wird gesagt: „Im Jahre 1925 schlossen sich die Landschaftsgärtner zum „Reichsbund der Gartenausführenden“ zusammen. Von jeher gehörte zu den wesentlichen Aufgaben der Vereinigungen, die sich in diesem Reichsbunde zusammenschlossen, die direkte Einflußnahme auf die Gestaltung der Tarif- und Lohnverhältnisse.“

Da es verschwiegen wurde, so möchten wir feststellen, daß das gleiche schon seit jeher auch für die im Reichsverband zusammengeschlossenen Handelsgärtner galt, daß aber die Charakterisierung der Landschafts-Dereinigungen als „reine Arbeitgeberverbände“ nicht zutrifft. Ihr Aufgabengebiet entsprach und entspricht durchaus dem der Handelsgärtnerverbände.

Es wird dann weiter ausgeführt: „Die Eingliederung des Reichsbundes der Gartenausführenden (die also erst 1925 erfolgte) führte zwangsläufig dazu, daß die Verwaltung des Reichsverbandes die Lohnbewegungen in der Landschaftsgärtnerei beobachtete und das entsprechende tarif- und lohnpolitische Material sammelte.“ Tatsächlich ist das schon früher stets geschehen, sowohl

für die Landschaftsgärtnerei als auch im besonderen für die Handelsgärtnerei. „Eine direkte Einflußnahme auf die Gestaltung der Arbeits- und Lohnbedingungen, die die Hauptaufgabe der reinen Arbeitgebervereinigungen bildet, ist jedoch unterblieben, als die Lohnbewegungen durch den „Gesamtverband“ bzw. seinen Vorgänger, den „Verband der Gärtner und Gärtnerarbeiter“ auch an die anderen Unterverbände des Reichsverbandes herangetragen wurden.“ Daß diese Darstellung vollständig falsch ist, bedarf keines besonderen Nachweises. Solange wir Arbeitnehmer uns gewerkschaftlich betätigen, haben wir unsere Lohn- und Tarifbewegungen stets an die jeweiligen Handels- und Landschaftsgärtnerorganisationen herangezogen, und der Reichsverband bzw. seine Vorgängerorganisationen haben dabei stets eine führende Rolle gespielt. Es sei nur ein Beispiel genannt: Die Arbeitsgemeinschaft in den Jahren 1918/20.

Es wird dann geschildert, wie man im Reichsverbande die in Betracht kommenden Fragen „geprüft“ hat und wie man zur Gründung „selbständiger Arbeitgebergemeinschaften im „Bedarfsfälle“ gekommen ist.

Ferner wird der Antrag des Präsidiums an den Hauptausschuß erwähnt, der empfiehlt, „auf Vorschlag der vom Hauptausschuß eingesetzten Arbeitsrechtskommission nach sorgfältiger Prüfung aller Gesichtspunkte auch im Gartenbau die Beziehungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern durch Tarifvertrag zu regeln.“

Weiter wird in dem Satz: „Soweit Landesverbände und Bezirksgruppen zurzeit tatsächlich gebunden sind“ zugegeben, daß diese bisher eben die Funktionen eines Arbeitgeberverbandes ausgeübt haben. Und die Praxis der „bei Bedarf“ gegründeten Arbeitgebervereinigungen des Reichsverbandes hat, so vor allem in Westfalen, bewiesen, daß diese Gründungen nur Theater und Manöver waren. Die vorgesehene Personalunion in den Vorständen der angeblichen Arbeitgebervereinigungen einerseits und der Landesverbände andererseits sowohl wie die Uebernahme der Aufgaben einer vorgesehene „Reichsarbeitsgebergemeinschaft“ durch die Abteilung für Arbeitsrecht im Reichsverbande beweisen, daß dessen Arbeitgebervereinigungen vorgetäuschte Gebilde sind. Der entscheidende Einfluß ist zweifellos beim Reichsverbande verblieben, dieser treibt also auch seine eigene Tarifpolitik.

In dem Schriftsatz des Reichsverbandes heißt es dann weiter: „Am 6. Januar 1930 wurde die Austauschstelle der Arbeitgebervereinigungen im deutschen Gartenbau gegründet. Beim Reichsverband verblieben die sozialpolitischen Fragen, während von der Austauschstelle die tarif- und lohnpolitischen Fragen übernommen wurden. Damit sind die Aufgabengebiete klar voneinander abgegrenzt.“ Daß auch diese Darstellung nicht wahr ist, beweist u. a. das Schreiben des Reichsverbandes an den Syndikus Kinne in Erfurt vom 24. Mai 1930. (Vergl. Öffentlicher Dienst 1930 Nr. 51/52, Spalte 613—14.) In diesem Brief wird vom Reichsverband die Frage aufgeworfen, ob „eine Gewerkschaft bzw. eine Gewerkschaftsgruppe, die nach außen hin als Organisation der Arbeitnehmer öffentlicher Betriebe auftritt, als Tarifkontrahent für Tarifverträge mit Erwerbsgartenbaubetrieben noch in Frage kommen kann.“ Dieses Schreiben war von dem Angestellten des Reichsverbandes, Siegmund, unterzeichnet.

Die Dinge, so ins rechte Licht gerückt, lassen lediglich eine gewollte Unverantwortlichkeit und Ungebundenheit in tariflichen Angelegenheiten erkennen, zugleich aber doch auch die unmittelbare und weitgehendste Einflußnahme auf die Gestaltung der Arbeits- und Lohnverhältnisse. Diese aber ist entscheidend für den Rechtsbegriff der Tariffähigkeit einer Organisation.

## Aus den Ortsfachgruppen

Fachgruppe Frankfurt a. M. Ausflug nach Bad Kreuznach am 26. Juni 1932 zum gemeinschaftlichen Besuch der Rosenausstellung. Abfahrt für Frankfurt a. M. 6.46 Uhr, für Wiesbaden 7.12 Uhr, für Mainz 7.34 Uhr. Treffpunkt 8.30 bis 9.30 Uhr im Lokal „Gambrinus“, Bad Kreuznach, Kreuzstraße.

Verlagsanstalt „Courier“ GmbH, des Gesamtverbandes, Berlin SO 16, Michaelstraße 4  
Verantwortlicher Redakteur Emil Dittmer, Berlin SO 16, Michaelstraße 4

## Abrüstungskonferenz des IGB. und der SAI.

Im Aktionsprogramm für die Abrüstung, das der Internationale Gewerkschaftsbund (IGB.) und die Sozialistische Arbeiter-Internationale (SAI.) im Sommer 1931 aufstellten, wurde eine von beiden Organisationen gemeinsam einzuberufende Konferenz für den Zeitpunkt in Aussicht genommen, wo die Arbeiten der Abrüstungskonferenz in Genf so weit fortgeschritten sind, daß eine erneute Stellungnahme und ein neuer Appell nötig werden. Dieser Zeitpunkt war gekommen; die Konferenz hat am 22. und 23. Mai in Zürich stattgefunden.

Der Konferenz wohnten seitens des IGB. sein Vorstand, das Internationale Gewerkschaftliche Jugend- und Bildungskomitee, das Internationale Gewerkschaftliche Arbeiterinnenkomitee, 32 Vertreter von 13 Landeszentralen und 22 Vertreter von 12 Internationalen Berufssekretariaten bei, von Seiten der SAI. ihre Exekutive, 60 Vertreter der Sozialistischen Parteien von 22 Ländern, das Frauenkomitee, der Vorstand der Sozialistischen Jugend-Internationale und Vertreter der Erziehungs-Internationale. Die Tagung wurde mit einer großen Rede des Vorsitzenden des IGB., Citrine, eröffnet. Ausführliche Referate von de Brouckère und Jouhaux führten zur Annahme von Entschlüssen, die sich mit dem Stand der Arbeiten der Abrüstungskonferenz und den sachlichen Auswirkungen im Fernen Osten, mit den für die ganze Abrüstungsfrage ausschlaggebenden Problemen der privaten und staatlichen Erzeugung von Kriegsmaterial, mit der Behinderung jeglicher ernsthaften Rüstungskontrolle und Abrüstungsarbeit durch das Bestehen von faschistischen und halbfaschistischen Regierungen und mit den Einflüssen der politischen Beziehungen (Schuldenprobleme usw.) und wirtschaftlichen Faktoren (Protektionismus usw.) auf die Abrüstung befassen.

Besonders eindringlich wird gesagt, „daß der langsame Fortschritt der Beratungen in Genf, der sowohl dem Fehlen einer politischen Verständigung zwischen den Regierungen als auch dem offenkundigen schlechten Willen einiger von ihnen zuzuschreiben ist, die Völker aufs tiefste enttäuscht“. Es werden entscheidende Maßnahmen verlangt zum Zwecke des Verbotes der Offensivwaffen (Abschaffung der Luftflotten, der großen Kanonen und Tanks, der Kriegsschiffe von mehr als 10 000 Tonnen, der Flugzeugmutterfahrzeuge und Unterseeboote, der chemischen und bakteriologischen Kriegsmittel) und insbesondere auch die Internationalisierung der zivilen Luftschiffahrt sowie strengste internationale Rüstungskontrolle. Die Forderungen des völligen Verbots der privaten Waffenherstellung bzw. der Durchführung einer strengen internationalen Kontrolle der privaten und staatlichen Fabrikation von Kriegsmaterial und des internationalen Waffenhandels, die bereits vor Jahren Gegenstand konkreter Vorschläge der Gewerkschaftsinternationale an den Völkerbund waren, wurden erneuert und bekräftigt. Endlich forderte die Konferenz „die Arbeiterorganisationen aller Art (Parteien, Gewerkschaften, Frauen- und Jugendorganisationen) auf, in allen Ländern mit der Veranstaltung von Versammlungen und Demonstrationen fortzufahren, um dadurch den stärksten Druck auf die Regierungen auszuüben und sie zu zwingen, einen Abrüstungsvertrag abzuschließen, der als erste Etappe auf dem Wege zur vollständigen Abrüstung die Forderungen der SAI. und des IGB. erfüllt!“

**52 Milliarden Weltgoldbestand.** Die Verteilung des Weltgoldbestandes gibt ein lehrreiches Bild über die Art und den Umfang der augenblicklich herrschenden Weltwirtschaftskrise. Von dem gesamten Weltgoldbestand befinden sich fast 70 Proz. in den sechs Ländern: Frankreich, Schweiz, Großbritannien, Schweden, Holland und den Vereinigten Staaten, die zusammen nur ein Achtel der Erdbevölkerung aufweisen. Sämtliche übrigen Länder, die also annähernd sieben Achtel der Bevölkerung der Erde umfassen, haben insgesamt nicht mehr als 30 Proz. des Goldbestandes in ihrem Besitz. Von den 52 Milliarden Gesamtbestand entfallen 21 Milliarden Mark Gold auf die Vereinigten Staaten und 9½ Milliarden auf Frankreich, so daß diese beiden Länder allein rund 58 Proz. des gesamten Goldbestandes der Erde auf sich vereinigen.

## Unsere Jugend

### Gewerkschaftliche Jugenderziehung

Jugenderziehung ist Arbeit für die Zukunft. Die Arbeiterjugend, die nicht das Geld und auch nicht die Gelegenheit hat, sich mit schwerem Wissen zu beladen, muß die wenig gebotenen Möglichkeiten ausnützen, die geistige Schulung und Fortbildung zu pflegen. Dem einzelnen fehlt das Geld, das Wissen sich anzueignen, daß er im späteren Leben ruhig und fest seinen Mann stehen kann. Im größeren Kreise, unter sachmännischer Leitung Erwachsener, da kann sich der Jugendliche viel leichter fortbilden. Die Vortrags- und Diskussionsabende in den Gewerkschaften bieten eine günstige Gelegenheit zur geistigen Fortbildung. Aber auch Bücher gehören dazu. Vorträge allein genügen nicht, denn das gehörte Wort vergißt man bald. Daher ist das Lesen von guten Büchern schon eine Notwendigkeit, zumal beim Lesen der Stoff durchdacht werden kann. Die Arbeiterjugend ist leider nicht in der Lage, sich gute Bücher kaufen zu können, sie ist auf die Bibliotheken angewiesen, und deshalb ist es sehr zu begrüßen, daß auch die Gewerkschaften Bibliotheken eingerichtet haben.

Die gewerkschaftliche Jugenderziehung erblickt ihre Aufgabe darin, unter Vermeidung aller Umwege und unnötiger Kosten die Jugendlichen mit Wissen zu bereichern. Es soll den Jugendlichen so leicht wie möglich gemacht werden, sich geistig zu bilden. Daß dabei auch der besondere Charakter der gewerkschaftlichen Einstellung zur Welt kommt, ist natürlich eine Selbstverständlichkeit. Willige und neugierige Arbeitskräfte, die sich Fußtritte gefallen lassen, zu bilden, daran hat die gewerkschaftliche Jugenderziehung kein Interesse. Im Gegenteil, wir wollen Menschen bilden, die gegenüber den Unternehmern ihr Recht mit Klugheit und Takt vertreten. Mit Maulaufreißen wird nichts erreicht, aber wenn der Unternehmer merkt, daß er einen Menschen vor sich hat, der sich nicht dumm machen läßt, dann macht er leichter Zugeständnisse und versagt einem solchen Arbeiter auch die Achtung nicht. Ein kluger und gebildeter Arbeiter ist den Unternehmern gefährlicher als einer, der sich um nichts kümmert und von den gewerkschaftlichen Organisationen nichts wissen will, daher sind bekanntlich die besitzenden Schichten seit jeher gegen die Arbeiterbildung gewesen.

Mit richtigem Verständnis für die Aufnahmefähigkeit des Menschen wenden sich die Gewerkschaften an die Jugend, die noch ein Leben vor sich hat und Zeit und Muße, um sich fortzubilden zu können. Manchem Jugendlichen mag es zwecklos erscheinen, wissenschaftliche Bücher zu lesen oder belehrende Vorträge anzuhören. Er sieht den Zweck nicht recht ein und sagt sich, daß er dafür doch keine Verwendung hat. Diese Auffassung ist aus der Lage manches Jugendlichen heraus verständlich, aber sie ist falsch. Zu spät wird er erkennen, daß er seine Jugend nutzlos verbracht hat. Ernste Selbstbildung ist oberflächlichen Vergnügungen vorzuziehen. Im Alter treten andere Verpflichtungen an den Arbeiter heran, dann kann er für seine geistige Bildung keine großen Aufwendungen mehr machen.

Wie notwendig die gewerkschaftliche Jugenderziehung ist, geht schon daraus hervor, daß auch heute noch der Arbeiterjugend große Schwierigkeiten gemacht werden, an den staatlichen Bildungsanstalten sich fortzubilden. Erinnern wir uns, daß die ersten Arbeiterorganisationen in Deutschland Arbeiterbildungsvereine waren. Die Reaktion ist von Anfang an dagegen Sturm gelaufen. Nur keine Aufklärung der Arbeiter, das war ihre Parole. Die Gewerkschaften haben seit ihrer Gründung mit Recht großen Wert auf die Fortbildung der Arbeiter gelegt. Die Bildungsarbeit der Gewerkschaften erstreckt sich nicht nur auf die Aufklärung der Arbeiter über gewerkschaftliche Organisationsfragen, sondern auch Arbeitsrechts-, Sozialrechts- und Berufsfragen finden in weitgehendem Maße Berücksichtigung. Es wird von den Gewerkschaften auf diesen Gebieten sehr viel geleistet, was von bleibendem Werte ist. Den gewerkschaftlich organisierten jugendlichen Berufskollegen erwächst die Pflicht, im Kreise ihrer Mitarbeiter Aufklärung darüber zu schaffen. Die Zahl der Sorglosen ist bekanntlich sehr groß, sie merken meistens zu spät, daß sie etwas veräußert haben.

## Für die Frauen

### Zum freien Arbeitsschutz für Schwangere

Die Gewerkschaften waren in den letzten Jahren ununterbrochen bemüht, den Arbeitsschutz für die werktätigen Frauen immer mehr auszubauen. Ein eigenes Gebiet stellte hierbei der Schutz der Schwangeren dar, die während ihrer Schwangerschaft unter besonderen Beschwerden zu leiden haben bei Ausübung ihrer Erwerbstätigkeit. Hier läßt sich aber nicht alles Notwendige durch Gesetze und Verordnungen regeln. Ein großer Teil der schützenden und helfenden Tätigkeit im Interesse der Schwangeren muß, der Natur der Sache entsprechend, der freien Zusammenarbeit von Arbeitsaufsicht, Betriebsvertretung und der Schwangeren selbst vorbehalten bleiben. Ein diesbezügliches erfolgreiches Verhältnis zu schaffen scheidet zwar oft an dem Verhalten der Schwangeren selbst, die sehr oft bei Duldung unmenschlicher Beschwerden ihrer Umwelt ängstlich ihren Zustand verschweigen, weil sie befürchten, daß ihnen daraus bezüglich ihres Arbeitsverhältnisses vielleicht Schäden erwachsen könnten.

In solchen Fällen ist es natürlich schwer, im freien Arbeitsschutz der Schwangeren helfend zur Seite zu stehen. Man kann aber nun nicht für den Einzelfall allgemein gültige Anweisungen für den freien Arbeitsschutz der Schwangeren geben. Soweit nämlich allgemein gültige und vorteilhafte Schutzmaßnahmen festzustellen sind, wäre ja ihre beste Regelung die gesetzliche. Trotzdem aber bestehen generelle Momente, die in allen Einzelfällen wenigstens sehr beachtlich sind, gerade für den freien Schutz der Schwangeren auf ein solches Moment sei hier hingewiesen. Es ist nämlich für die Schwangere sehr bedeutsam, in welcher Körperstellung sie während ihres Ausnahmezustandes ihre Erwerbstätigkeit ausüben hat. Gerade hier aber läßt sich in der freien Zusammenarbeit sehr viel tun, da in vielen Betrieben die Möglichkeit besteht, einer Schwangeren je nach Vorteil eine sitzende, stehende oder vielleicht abwechselnd sitzende und stehende Tätigkeit zu geben. Welche Körperstellung hier die vorteilhafteste ist, muß in erster Linie die Schwangere selbst bestimmen können, kann, und wenn notwendig, soll auch, vom Kassenarzt mitbestimmt werden.

Die letzten Jahresberichte der Gewerbeaufsichtsbeamten enthalten auch hierüber das Resultat einer diesbezüglich ganz allgemein gehaltenen Untersuchung eines gewerbeärztlichen Referenten zur Prüfung der Frage, ob die sitzende Tätigkeit geeigneter für Schwangere sei als die stehende. Die Untersuchung umfaßte 1002 Arbeitnehmerinnen. Wir geben nachstehend kurz zusammengefaßt das Resultat, das Beobachtungs- und Arbeitsgrundlage sein kann für unsere weiblichen Mitglieder und unsere Funktionäre in den Betriebsvertretungen, soweit für sie die Notwendigkeit eines freien Arbeitsschutzes der Schwangeren als Aufgabe erweist.

Von den 1002 Arbeiterinnen waren stehend beschäftigt 376, sitzend 318 und sitzend und stehend 146. Bei 162 war die Arbeitsweise nicht bestimmbar. Schwangerschaftsbeschwerden (heftiges Erbrechen, Rückenschmerzen heftiger Art, Nierenschädigungen, Verklammerung und Auftreten von Krampfadern, geschwollene Füße usw.) hatten von den stehenden Schwangeren 18,8 Proz., von den sitzenden 14,6 Proz., von den sitzenden und stehenden Schwangeren 12,81 Proz., von den Schwangeren, deren Arbeitsweise nicht bekannt war, 10,95 Proz. Geburtsanomalien (langdauernde und sehr schwere Geburt, Dammriß, Naht, Zangengeburt, Kaiserschnitt usw.) hatten aufzuweisen von den stehenden Schwangeren 6,0 Proz., von den sitzenden 9,1 Proz., von den sitzenden und stehenden Schwangeren 10,03 Proz., von den Schwangeren mit unbekannter Arbeitsweise 7,4 Proz. Geschwollene Füße und Krampfadern hatten von den stehenden Schwangeren 4,38 Proz., von den sitzenden 1,43 Proz., von den sitzenden und stehenden Schwangeren 3,52 Proz., von den Schwangeren mit unbekannter Arbeitsweise 1,24 Proz. Größere Beschwerden bei der Geburt (vor allem Mißverhältnis zwischen Größe des Kindes und den weiblichen Beckenteilen, wobei also alle Angaben über Zangengeburt, Dammriß, Naht usw. berücksichtigt wurden) hatten von den stehenden Schwangeren 1,32 Proz., von den sitzenden 5,73 Proz., von den sitzenden und stehenden Schwangeren 8,13 Proz., von den Schwangeren mit unbekannter Arbeitsweise 2,34 Proz. Der Kaiserschnitt wurde angelegt bei den stehenden Schwangeren 2,16 Proz., bei den sitzenden 0,07 Proz., bei den sitzenden und stehenden Schwangeren 0,63

Prozent, bei den Schwangeren mit unbekannter Arbeitsweise 0,6 Proz.

Wenn diese Ergebnisse nun auch nicht verallgemeinert werden können, so dürfen sie aber zweifellos eine Grundlage darstellen, von der im einzelnen ausgegangen werden kann für den Einzelfall durch Aussprache und Zusammenarbeit zwischen Schwangeren, Betriebsaufsicht und -vertretung und eventuell mit den zuständigen Ärzten.

L. Zimmer-Blehl.

## Politische und wirtschaftliche Wochenschau

Gegen die Einsetzung eines Reichskommissars für Preußen haben sich sowohl die Vertreter Süddeutschlands im Reichsrat wie auch die drei Ministerpräsidenten von Baden, Württemberg und Bayern in der Besprechung mit dem Reichspräsidenten und Reichskanzler am 12. Juni ganz energisch gewendet.

Im Münchener Hitler-Prozess, in dem es um den Nachweis der Gelder für die Hitler-Bewegung ging, wurde Hitler am 8. Juni wegen Auskunftsverweigerung zu 1000 M. Geldstrafe verurteilt.

Der frühere heftige nationalsozialistische Abgeordnete und S.A.-Führer Duttler wurde wegen Selbstverwundung zu 50 M. Geldstrafe und 6 Wochen Gefängnis verurteilt. Er hatte seinerzeit behauptet, von Reichsbannerleuten überfallen worden zu sein.

Nationalsozialistische S.A.-Banden haben am 8. Juni in Frankfurt a. d. Oder wiederholt das Gewerkschaftshaus überfallen und demoliert. In der Abwehr wurde eine Anzahl Reichsbannerleute verletzt.

Der ehemalige Krupp-Direktor Schaeffer wurde am 6. Juni zum Reichsarbeitsminister ernannt.

Der Bundesvorstand des Reichsbanners hat das Mitglied Otto Förting aus dem Reichsbanner ausgeschlossen.

Die Stadt Duisburg hat als Folge der Wirtschaftskrise ihre Zinszahlungen auf die Anleihe vom Jahre 1928 eingestellt, um die Gelder für die Unterstützung der Wohlfahrtsberwerblosen sicherzustellen.

Die Zahl der Arbeitslosen am 31. Mai 1932 betrug 5 583 000. Sie ist also gegenüber dem 15. Mai nur um 32 000 zurückgegangen.

## Aus den deutschen Gewerkschaften

Konferenz der Gewerkschaftsredakteure. An der Spitze des Programms der Konferenz vom 24. und 25. Mai stand eine Information über den Stand der politischen Kräfteverhältnisse nach den großen Wahlkämpfen der letzten Monate. Friedrich Stampfer gab diese Information, eine Diskussion fand nicht statt. — Der Vorsitzende Hermann Scheffler gab dann einen Bericht über die Arbeiten des Fachauschusses der Gewerkschaftspresse des ADGB. Er sprach ausführlich über eine vom Fachauschuß vorgenommene „Inventuraufnahme“ über Umfang und Gliederung der Gewerkschaftspresse. Gegen frühere Erhebungen gleicher Art hat sie bessere Resultate ergeben, die eine Uebersicht über die gesamte Ausdehnung der gewerkschaftlichen Publizistik und einen Einblick in die bei der Gewerkschaftspresse verfügbaren Kräfte vermitteln. Das Ergebnis der Rundfrage wird im Jahrbuch des ADGB veröffentlicht. — Die in Berlin eingerichteten Informationsabende für die Gewerkschaftsredakteure haben sich als Gelegenheit zur Unterrichtung über Vorgänge des Tages und Probleme des öffentlichen Lebens, die das Interesse der Gewerkschaften berühren, gut eingeführt. Ihre Teilnehmerzahl beträgt im Durchschnitt 40. Durch Rundschreiben gab der Fachauschuß den Kollegen Aufklärung über den Charakter der Neuerscheinungen auf dem Markt der Presse und Aufschluß über dann und wann auftauchende Fragen des Presserechts. Scheffler berichtete ferner über eine Prüfung der Frage, wieweit und auf welche Art die Gewerkschaftspresse werbend für die Konsumvereine wirken könne, sowie über Bemühungen zur Gewinnung von Mitarbeitern für den fachtechnischen Teil der Gewerkschaftsblätter aus den Kreisen der Gewerkschaften selbst. In der Aussprache, die dem Vortrage Schefflers folgte, wurden wertvolle Anregungen ausgetauscht. — Kollege Freudenmann sprach dann, gestützt auf eine Ausstellung von Druckerzeugnissen unterschiedlichster Technik, über die Illustration in der Gewerkschaftspresse. Grams war in einem Vortrage „Wie Druckfehler in die Zeitung kommen“ bemüht, die schattenhafte Existenz des Druckfehlerkobolds in helleres Licht zu ziehen. Für einen späteren Zeitpunkt wurde eine Ausstellung von gewerkschaftlichen Zweckfotos, die als Illustrationen Verwendung finden können, in Aussicht genommen. Alle diese Fragen lösten lebhafteste Diskussionen aus, in denen technische Fachkenntnis und Redaktions Erfahrung einander wertvoll ergänzen konnten. Den Abschluß der Tagung bildete eine Information über die sozialpolitischen Abbaupläne der Reichsregierung, die Dr. Broecker gab. Außerdem fand im Zusammenhang mit der Konferenz eine Besichtigung der Osmammerke statt, die den Kollegen einen Einblick in hochrationallisierte Produktionsmethoden bot.

## Aus unserer Bewegung

**Solingen.** Nachdem der Gesamt-Verband bereits am 26. Mai in einer gut besuchten Funktionärversammlung durch den Kollegen Jnderbieten Bericht gegeben hatte über den augenblicklichen Stand der Lohnverhandlungen der Gemeindearbeiter und kommunalen Straßenbahner und ebenfalls einen Situationsbericht über das Für und Wider zum Beitritt zum Arbeitgeberverband, fand am 30. Mai eine kombinierte Mitgliederversammlung der Arbeitnehmergruppen der Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke, der Kammereibetriebe und der Solinger Straßenbahn statt. Das Mitglied der Reichstarijkommission, Kollege Coenen - Düsseldorf, schilderte in klarer Form den Verlauf der bisherigen Verhandlungen, der bereits aus der „Gewerkschaft“ bekannt ist. Kollege Jnderbieten gab der Hoffnung Ausdruck, daß sowohl Stadtverwaltung als auch alle politischen Parteien sich dafür einsetzen werden, daß durch den Beitritt keine weitere Herabsetzung der jetzt schon um 44 Proz. gesenkten Einkommen der städtischen Arbeiterschaft eintreten darf. Die Diskussion bewies, daß die Solinger Gemeindearbeiter und Straßenbahner nicht gewillt sind, weitere Verschlechterungen hinzunehmen. Dem Gesamt-Verband und dessen Unterhändlern wurde Anerkennung gezollt für ihre korrekte, aber überaus schwierige Verhandlungsführung. Durch die einstimmig angenommene Resolution wurde die Stimmung der Versammlung zum Ausdruck gebracht:

„Die am 26. Mai 1932 im Gewerkschaftshaus Solingen tagende Funktionärversammlung des Gesamt-Verbandes ist nach Entgegennahme des Berichtes von dem Kollegen Jnderbieten über die zentralen Lohnverhandlungen der einmütigen Auffassung, jede weitere Verschlechterung der Lohn- und Arbeitsbedingungen entschieden abzulehnen. Die Solinger kommunalen Arbeiter und Straßenbahner haben seit der Juni-Notverordnung 1931 einen Lohnabbau von insgesamt 44 Prozent ertragen. Gegen jede weitere direkte oder indirekte Verschlechterung ist sie gewillt, das äußerste gewerkschaftliche Kampfmittel anzuwenden und erwartet volle Solidarität von der gesamten Arbeiterschaft.“

An alle in den städtischen Betrieben und der Straßenbahn Groß-Solingens beschäftigten Kollegen geht erneut der Aufruf: Stärkt eure Organisation, den Gesamt-Verband. Nur eine geschlossene, einige Arbeiterschaft ist in der Lage, den Forderungen der Arbeitgeberschaft den nötigen Widerstand entgegenzusetzen.

## RUNDSCHAU

**Das Werk der Hitler-Wähler.** „Wählt Hitler, und die Arbeitslosigkeit wird verschwinden!“ predigten die Nazis, als sie auf den Stimmenfang gingen: Naive Seelen gibt's genug, und keine Dummheit ist zu groß, als daß sich nicht Gläubige für sie fänden. Nach den Septemberwahlen von 1930 wanderten rund 2 Milliarden Devisen ins Ausland. Das Vertrauen zu Deutschlands politischer Vernunft war untergraben. Zwei Milliarden weniger Kredit bedeutet Steigerung der Arbeitslosigkeit: Das war das Werk der Hitler-Wähler. Schon damals konnte man den Satz prägen: „Wer Hitler wählt, wählt Elend und Not!“ Kaum sind die Nazis 162 Mann stark aus der Landtagswahltschlacht hervorgegangen, da kommen auch schon die Nachrichten von dem zunehmenden Mißtrauen des Auslandes: Das Ausland zieht seine Aufträge aus Deutschland zurück. So hatte Schweden in Kiel einen großen eisernen Dampfer für den Walfang bestellt. Rund 500 Arbeiter wären auf Monate hinaus beschäftigt worden. Der Auftrag wurde zurückgenommen, weil Schweden mit einem Hitler-Deutschland nichts zu tun haben will. Eine Reihe holländischer Schiffsaufträge wurde aus den gleichen Gründen inhibiert. Hitler schlägt nur mit der Faust auf den Tisch und reißt die große Klappe auf, dann ist das „Paradies“ da. Dann verrecken deutsche Arbeiter und die Nazis jenseits der Grenzen freuen sich über ihren deutschen Bundesgenossen und die Dummen, die ihm folgen.

**Schlechte Aussichten der deutschen Konjunktur.** Die Konjunkturlage Deutschlands zeigt eher noch eine Wendung zum Schlechten. Man bekommt einen Schreck, wenn man folgende Prognose des Instituts für Konjunkturforschung auf sich wirken läßt: „In Deutschland sind keine Anzeichen einer allgemeinen Konsolidierung festzustellen. Zwar ist die Vertrauenskrisis etwas abgeflaut, worauf die Tendenz zur Auflösung der Stückelgehorte und die Stagnation der Effektenmärkte hindeutet; auch verzeichnen einige Branchen unter dem Einfluß saisonmäßiger Faktoren eine gewisse Entlastung. Im ganzen aber hat sich die Wirtschaftslage erneut verschlechtert: Die Arbeitslosigkeit ist konjunkturell in weiterem Anstieg begriffen, Produktion, Preise und Umsätze sind abwärts gerichtet. Der anhaltende Druck auf das Einkommen läßt die Konsumkraft des deutschen Volkes mehr und mehr zusammenschmelzen und treibt die Verkaufserlöse von Einzelhandel, Verbrauchsgüterindustrien und Landwirtschaft zu weiterem Rückgang. Die restriktive Höhe der Zinsfüße am Kapitalmarkt, an denen der

Diskontabbau nahezu spurlos vorübergegangen ist, hält die Investitionstätigkeit und mit ihr den Abfall an Investitionsgütern nieder. Die Abkapselung der einzelnen Volkswirtschaften vom Weltmarkt in Verbindung mit der erhöhten Exportkonkurrenz Großbritanniens entzieht der deutschen Industrie mehr und mehr die wichtige Stütze des Auslandsabfahes. Vielleicht, daß die politischen Entscheidungen der kommenden Wochen den verhängnisvollen Deflationsdruck etwas mildern. Viel hängt vor allem von der Finanzgebarung der öffentlichen Körperschaften ab. Die Steuereinnahmen nehmen unter dem Einfluß der gekennzeichneten Wirtschaftsentwicklung unentwegt ab, und der finanzielle Erfolg von Steuererhöhungen wird um so fraglicher, je stärker das Wirtschaftsvolumen schrumpft. Auf der anderen Seite steigt der Widerstand gegen weitere Ausgabeneinschränkungen. Durch Inanspruchnahme von Sparkapital ist der Ausgleich der Defizite nicht mehr möglich.“

Eine traurige Bilanz der deutschen Wirtschaftslage. Im Zeichen solcher schlechten Aussichten tritt das deutsche Volk nunmehr in die schärfste politische Auseinandersetzung ein, die seit Bestehen der Republik geführt werden mußte. Der letzte Rest gesunder Wirtschaftsfaktoren wird unter dem Stiefel einer haßerfüllten Reaktion zertrampelt. Die Aussichten sind furchtbar. Immerhin sollen jene nun zeigen, wie sie bei vollständiger Machtübernahme mit den vorhandenen Schwierigkeiten fertig zu werden vermögen. Inzwischen müssen die Gewerkschaften auf die Erhaltung und den Ausbau ihrer Organisationen bemüht sein, denn — einmal kommt doch eine andere Zeit.

**Keine allgemeine Fahrpreisermäßigung für Sommerurlauber.** Die Reichsbahn-Hauptverwaltung gewährt für die Zeit vom 1. Juli bis 15. Oktober eine Fahrpreisermäßigung nur dann, wenn zwischen der Hin- und Rückfahrt eine Sperrfrist von 11 Tagen liegt und die 200-Kilometer-Grenze überschritten wird. Der Bundesvorstand des ADGB hat sich nun an die Reichsbahn-Hauptverwaltung, das Reichsverkehrs- und Arbeitsministerium, gewandt und verlangt, daß allen Arbeitnehmern, die einen tariflichen Ferienanspruch haben, ohne jegliche Festlegung auf Entfernungen eine verbilligte Ferienfahrt einmal jährlich gewährt wird. Ferner wurde gefordert, daß an alle in Gehalt oder Lohn stehenden Personen, die einen vom Arbeitgeber und von der Polizei beglaubigten Ausweis über erhaltenen Ferienurlaub vorlegen, Anspruch auf Arbeiter-Rückfahrkarten erheben dürfen, wie sie gegenwärtig schon zur Fahrt in der 3. Wagenklasse zwischen Arbeitsort und Wohnort der Familien zum halben Preise ausgegeben werden. Anderenfalls sollte die Reichsbahn Ferienreisenden Fahrpreisermäßigungen wie für Arbeiterwochenkarten gewähren, auch an solche Personen, die weniger als 11 Tage Urlaub erhalten.

Die Deutsche Reichsbahn-Hauptverwaltung hat mit faden-scheinigen Gründen sämtliche Vorschläge abgelehnt.

## VERBANDSTEIL

### An alle vom Hauptvorstand direkt belieferten Zeitungsempfänger

Durch die Umstellung und Zusammenlegung der verschiedenen Ausgaben der „Gewerkschaft“ sowie der „Beamten-gewerkschaft“ und des „Kommunalbeamten“ ändert sich die Belieferung mit diesen Zeitungen. (Siehe Veröffentlichung in Nr. 24 der „Gewerkschaft“.)

Soweit die Empfänger bisher Ausgabe D der „Gewerkschaft“ erhielten, erhalten die Kollegen ab 2. Juli die Ausgabe B. Für Ausgabe C die „Beamten-gewerkschaft“.

Es werden ohne besondere Angaben ab Nr. 27 die Empfänger automatisch von uns mit derselben Stückzahl beliefert wie vorher mit den eingezogenen Ausgaben C und D.

Bei der bisherigen Belieferung der „Beamten-gewerkschaft“ ist jedoch dies nicht ohne neue Angaben möglich. Die Kollegen der Berufsfeuerwehr sowie alle Kommunalbeamten und Angestellten der Gesundheitspflege usw., welche bisher die „Beamten-gewerkschaft“ erhielten, sollen den „Kommunalbeamten“ erhalten. Hierzu ist notwendig, daß die Zeitungsempfänger umgehend der Versandabteilung mitteilen, wieviel Exemplare der „Beamten-gewerkschaft“ und des „Kommunalbeamten“ benötigt werden. Die Zuständigkeit der richtigen Zeitung ist zu ersehen aus dem Verbandsteil in Nr. 24 der Gewerkschaft.

Der Versand der fachtechnischen Zeitungen ändert sich nur insoweit, als diese Organe monatlich erscheinen.

Es wird dringend gebeten, von allen Ausgaben der Verbandszeitungen nur die tatsächlich benötigte Zahl anzufordern.

Die Postbezieher der Ausgabe C erhalten automatisch die Ausgabe „Beamten-gewerkschaft“, die Straßenbahner erhalten die Ausgabe B der „Gewerkschaft“.

Die Zeitungsbestellungen müssen, um keine Falschbelieferung eintreten zu lassen, so schnell wie möglich, spätestens bis zum 23. Juni d. J. in unserer Versandabteilung.

Die Versandabteilung.

## Die Kluft

Copyright 1931 by Büchergilde Gutenberg, Berlin.

XXIII.

Noch am selben Nachmittag kehrte Blain nach London zurück, fröhlich über Joans Zusage, ungesäumt die ersten Feuilletons zu schreiben.

Je mehr diese sich in die Materie vertiefte, desto besser gefiel ihr Blains Projekt. Ohne ihr Hilfswerk zu schädigen, das jetzt wie am Schnürchen lief, und dem genügend freiwillige Helferinnen zur Verfügung standen, konnte sie die Abende für ihre literarische Arbeit freihalten und verfaßte mit glühenden Wangen drei Kurzgeschichten, wie sie sich Blain dachte — Geschichten, deren Personen man in Careys Main ohne weiteres wiedererkannt haben würde. Als sie unter Furcht und Zagen ihr Opus abgeschickt hatte, erhielt sie tags darauf ein Telegramm: „Ausgezeichnet. Schreiben Sie weiter, solange Sie in Form sind.“

Mit der Nachmittagspost kam ein Schreiben der Hilfszentrale, in dem Mary Peters, die Generalsekretärin, Joan dringend aufforderte, Wohltätigkeitsveranstaltungen in London beizuwohnen.

Bei einer solchen handelte es sich um eine Veranstaltung, für die man die weitesten Kreise zu interessieren verstanden hat, hieß es in dem Schreiben, „und wir wollen unbedingt eine geübte Rednerin, die aber gleichzeitig über eigene Erfahrungen im Unterstützungsmerk verfügt, entsenden.“

Wie? Man wollte sie von heute auf morgen von einem Werk, das sie aus dem Nichts geschaffen und liebgewonnen hatte, trennen? ... Unmöglich!

Nach einiger Ueberlegung indes konnte sich der kleine Hühnerkopf der Triftigkeit von Mary Peters Gründen nicht verschließen, und als es erst einmal so weit war, präsentierte sich auch die Abberufung in einem anderen Licht. London — vielleicht eine Beschäftigung in der Zentrale, die neue Zeitung ...

Kurz, das Mädchen, dem es gänzlich ausgeschlossen erschienen war, sich auch nur eine Nacht von Careys Main zu entfernen, packte seine Habseligkeiten und sagte sämtlichen Schützlingen persönlich Lebewohl.

Auf dem Bahnhof in London wurde sie von Mary Maud in Empfang genommen. Bald nach dem Essen stellte sich Anthony Dacre ein und gleich darauf Blain. Ihn begleitete Theophil Dodds, ein Hüne mit einer biedereren Herzlichkeit, der Joan sofort beim Vornamen nannte und sich anscheinend in dem Heim am Gordon Square ganz zu Hause fühlte. Sein Onkel hatte sich finanziell an dem Zeitungsunternehmen beteiligen wollen. Natürlich wandte sich das Gespräch bald der neuen Zeitschrift zu, deren erste Nummer in der nächsten Woche erscheinen sollte — nach Ueberwindung von allerhand Schwierigkeiten.

„Manchmal wundere ich mich“, sagte Joan, „warum wir angesichts der Gerechtigkeit unserer Sache nicht die Mehrheit bei den Wahlen erzwingen. Aber wenn man dann das ungeheure Kapital berücksichtigt, das gegen uns ist, seine Presse, alle Wege, die ihm offenstehen, um das Volk zu beeinflussen, wie Kino, Literatur, Theater, dann sollte man eigentlich eher staunen, daß wir überhaupt so gut abschneiden.“

„Propaganda und eine gute Presse sind gewiß von Nutzen“, nahm Blain das Wort, „indes gelangen wir mit ihnen nicht an die Wurzel der Dinge. Die Hauptsache fehlt.“

„Und wie heißt die?“

Gerald Blain, der wieder lang auf dem Teppich ausgestreckt lag, um die immer gegenwärtigen Schmerzen zu lindern, schob ein Kissen unter seinen Kopf, bevor er antwortete:

„Männer mit Charakter und mit Mark in den Knochen!“

„Danke!“ lachte Dodds. „Die Anwesenden sind natürlich ausgeschlossen.“

„Niemand ist ausgeschlossen, am wenigsten ich selbst. Trotz aller Beschönigungen und Entschuldigungen gegen Lord Rothermere und Konsorten bleiben wir eine revolutionäre Partei — zum mindesten ist es der Teil von ihr, der was taugt. Und diesem revolutionären Kern gebührt es an Führern. Der alte Lenin legte den Finger auf die Wunde, als er auf der Forderung nach trainierten Führern bestand.“ —

Am anderen Morgen machte Joan sich auf den Weg zur Hilfszentrale. Mary Peters, die kurzangebundene Generalsekretärin, bereitete Joan einen sehr liebenswürdigen Empfang.

„Es ist Ihnen gelungen, Miß Craig, ohne unser Zutun große Summen für Careys Main aufzubringen“, lautete ihre erste Bemerkung, die gleich den Grund ihrer ungewöhnlichen Freundlichkeit offenbarte. „Aber wir brauchen Ihre Hilfe jetzt für eine Reihe von Vorträgen in London, damit dem Säuglingsfonds mehr Mittel zuströmen.“

„Geht das Geld nicht gut ein?“

„Dies zu behaupten, wäre undankbar, vor allem, da die Spender meistens Leute sind, deren finanzielle Lage auch zu wünschen übrig läßt. Deshalb messen wir einem musikalischen Abend von Mrs. Dacre besondere Bedeutung bei. Er erzielt die wirklich reichen Kreise, an die wir bislang nicht herankommen.“

Und wieder gab es für Joan anstrengende Arbeit. Wenigstens einmal, meistens sogar zweimal am Tage hielt sie Vorträge. Da Joan ihrem Freunde Gerald Blain versprochen hatte, bei der Fertigstellung der ersten Nummer seiner Zeitschrift behilflich zu sein, pilgerte sie am nächsten Morgen zur Fleet Street und betrat in prickelnder Erwartung die dürftige Redaktion. Die jedes sozialistische Organ auf der Welt wurde auch dieses in kleinen Räumen unter dem Dach geboren, Wandgestelle, vollgepfropft mit Zeitungen; Pulte, auf denen Kleistertöpfe, Ausschnitte, Scheren und Bunzistifte sich den Platz streitig machten; nackte Wände mit angehefteten Photographien, Zeichnungen und Karikaturen — aber für Joan war alles aufregend neu. Schon das Gefühl, sich im Herzen der britischen Welt, in Fleet Street zu befinden, deren Häuser die Namen aller Zeitungen, aller Zeitschriften und Magazine aufwiesen, von denen man je gehört hatte! ... Und dann eine enge Treppe hinauf ins vierte Stockwerk, um als Kollege begrüßt, als Partner bei dem großen Projekt behandelt zu werden. Das war Leben! Nachmittags hatte Joan in einem Frauenverein einen Vortrag mit anschließender Sammlung zugunsten der Bergarbeiterkinder zu halten.

Bei dem Imbiß, den Joan mit Mary Maud vor der Fahrt zu der musikalischen Soirée einnahm, war sie viel nervöser, als sie es ihrer Freundin eingestehen mochte. Helen Dacre hatte wirklich sehr große Anstrengungen gemacht und außer anderen Namen von Klang einen berühmten polnischen Cellospieler verpflichtet, der selbst Sohn eines ober-schlesischen Bergmannes war. Trotz der hohen Preise fanden die Einlaßkarten über Erwarten guten Abjaß. Nach dem künstlerisch ausgeführten Programm, das Joan am Vormittag zugestellt worden war, gab es um halb fünf Uhr Tee, dann Musik; hieran schloß sich ihre Rede und eine Sammlung, worauf wieder musikalische Darbietungen folgten.

„Dortrag von Miß Joan Craig, die eben vom Hilfswerk in den Grubendistrikten zurückgekehrt ist“, las Joan wieder und wieder, und es berührte sie merkwürdig, ihren Namen in solcher Gesellschaft zu sehen.

„Ach, Mary Maud“, seufzte sie, „mir widerstrebt das Ganze; es ist eine Rolle, für die ich nicht passe. Warum bestand Mrs. Dacre darauf, daß just ich sprechen soll?“

„Helen hat stets ein sicheres Auge für dramatischen Effekt“, lächelte Miß Meadows verschmigt. „Eine ältere, gesehene Frau als Rednerin — na, das trifft man schließlich auf allen Wohltätigkeitsveranstaltungen, während Ihre Jugend, Ihr Rednertalent und die Tatsache, daß Sie sozusagen direkt von der Front kommen, einen großen Erfolg verbürgt. Seien Sie jedoch vorsichtig, Kind. Ich meine, Sie dürfen nicht die Empfindlichkeit Ihrer Zuhörer verletzen, indem Sie ihnen erklären, daß ihre Klasse für das Elend verantwortlich ist oder-dergleichen.“

„Ich glaube aber, daß sie es ist.“

„Glauben Sie, was Sie mögen. Ihre Aufgabe jedoch besteht darin, heute nachmittags Geld aus den Taschen zu locken.“

Die schönen alten Räume waren wohlgefüllt, als Miß Meadows mit ihrem Schützling eintraf. Blain und Dodds samt einem anderen halben Duzend jüngerer Leute hatten die Bedienung übernommen und boten geschäftig Kuchen und Tee an. Anthony half seiner Frau beim Empfang der Gäste.

Dann spielte der Pole und Joans Gedanken wurden durch seine Musik eingefangen. Es schien ihr, als drücke er all das Sehnen in den Seelen von Männern wie Harry Browne und James Firth aus, von Frauen, wie ihre Komiteemitglieder in Careys Main — die Revolte gegen Häßlichkeit und Knechtschaft; ihren verzweifelten Schrei, daß Männer nicht bloß Automaten seien, die tagtäglich im Dunkel des Erinnern zu wählen hatten, um ihr Leben erbärmlich fristen zu können. So völlig stand Joan im Banne der Musik und ihrer eigenen Gedanken, daß es sie eine Anstrengung kostete, mit dem Beifallssturm zur Erde zurückzukommen und den einführenden Worten der Patronatsdame zu ihrem eigenen Vortrag zu folgen.